

Preis 1 Mark.

Krieg in Sicht!

Von

Eduard Goldbeck.

Siebente Auflage.



Verlag

Demnächst erscheint im Verlage von Friedrich Rothbarth in Leipzig:

Soziale Anatomie.

Ein Duzend Aufsätze von Dr. Hans Fischer (Dr. Frosch).

Preis 1 Mark.

Der Staatsanwalt als Erzieher.

Allerhand Sittliches.

Der Hausknecht in der menschlichen Seele.

Rhapsodie über den Ehestand.

Seelenhirten.

Schulmeisterei und Schulmeister.

Vom deutlichen Offizier.

Die moralischen Sozis.

Das Recht aufs eigne Leben.

Über die Harmlosigkeit der Fürsten.

Allerhöchste Karikaturen.

Der liebe Gott bedankt sich.

Wir bieten hiermit dem Publikum eine Reihe von Aufsätzen des Herausgebers der „Funken“, die zum Teil in dieser Zeitschrift, zum Teil anderweitig erschienen sind und in ihrer Gesamtheit eine Kritik der heutigen Sitten, der Gesellschaft und der Politik bieten, wie sie in gleicher Schärfe und Überlegenheit in der zeitgenössischen Literatur wohl kaum wieder anzutreffen ist. Die einzelnen Essays, von denen jeder ein kleines Kunstwerk ist, werden durch einen Prolog und einen Epilog zusammengehalten, sodaß unsere Veröffentlichung ein rundes Bild der Ansichten eines unserer interessantesten Publizisten gibt, des Publizisten jedenfalls, auf den man die Bezeichnung „unabhängig“ im vollsten Umfange anwenden kann.



Alle Rechte vorbehalten.

Krieg in Sicht!



Von

Eduard Goldbeck.

Siebente Auflage.



Leipzig

Friedrich Rothbarth

Qui s'excuse, s'accuse, sagt ein höchst ungerechtes Kein Re-
flammetitel. französisches Sprüchwort, das wir leider adoptiert haben. Auf die Gefahr hin, mich meinen Lesern selbst zu denunzieren, will ich mit einer Rechtfertigung beginnen. Wie, ist es nicht frivol, einer Broschüre, die vielleicht (vor Gott ist kein Ding unmöglich) von Hunderttausenden gelesen wird, den alarmierenden Titel „Krieg in Sicht!“ zu geben? Ist es nicht wahrscheinlich, daß der Autor lediglich eine Sensation sucht, lediglich Simpelfang treibt und die Bismarckische Lehre, daß die Nation die Fensterscheiben bezahlen muß, die die Presse entzweiwirft, skrupellos in den Wind schlägt? Handel und Wandel, die ohnehin schon unter der Noth der Zeit leiden, werden beunruhigt, und der Leitung unserer auswärtigen Politik wird der Dornenweg, den sie wandelt, noch erschwert.

Auf solche Vorwürfe erwidere ich, daß sie Nichts Die Pflicht,
Alarm zu
schlagen. und Falsches enthalten. Gewiß suchte ich einen frappanten Titel, denn ich will ja wirken und muß deshalb darauf bedacht sein, eine möglichst große Leserschaft

zu werben, aber ich hätte sicher auf die „Sensation“ dieses Titels verzichtet, wenn der Inhalt des Büchleins ihn nicht gebieterisch gefordert hätte. Den Lesern wird er nicht schaden, denn sie werden ja nicht gläubig, sondern kritisch lesen, die Spreu von dem Weizen zu sondern wissen und Geisteskraft genug besitzen, um sich, wenn es nottut, von der Suggestion eines irreführenden Titels zu befreien. Und das Wort *Quietanon movere* gilt nicht bedingungslos: es kann Pflicht sein, zu alarmieren, wie es bisweilen Pflicht ist, zu beschwichtigen. Selbst Goethe, den niemand als gewerbsmäßigen Ruhestörer bezeichnen wird, hat einmal gesagt: „Dies ist keine Zeit zum Schweigen und Nachgeben.“ Goethe, dessen Selbstzucht Grimm mit den Worten gerühmt hat: „Er war ein Heros im Schweigen und aus dem Wege gehen.“

Die Schönfärber.

Es ist gut, wenn einige Wenige alarmieren, denn an Schönfärbern fehlt es uns wahrlich nicht. Vor allem wird diese Kunst den Majestäten gegenüber geübt, und immer aufs neue muß gegen dieses *crimen laesae maiestatis*, diese verwerflichste Abart der Majestätsbeleidigung, Einspruch erhoben werden. Als vor einiger Zeit die Kaiserin die Heimarbeitausstellung besuchte, war sie erschüttert von dem Glend, auf welches die an den einzelnen Gegenständen vermerkten Lohnsätze hindeuteten. Sie fragte, fast entsetzt durch den Blick in diese Abgründe unserer angeblich so ge-

sunden, so sauber organisierten Gesellschaft, wie man denn mit einem derartigen Einkommen leben könne. Und darauf erhob ein Witzblatt, der Simplizissimus, die durchaus berechtigte Gegenfrage: Wovon sprechen eigentlich die geistlichen Würdenträger der beiden privilegierten Bekenntnisse mit der Kaiserin? Worüber informieren sie die hohe Frau überhaupt, wenn sie ein Thema niemals berühren, dem man freilich mit tanzender Wohltätigkeit nicht beikommen kann, das aber jeden Anhänger der bestehenden Ordnung mit brennender Scham erfüllen muß? Und ein anderes Beispiel. Nicht lange ist's her, daß Professor Gierke eine Leuchte unserer Rechtswissenschaft, bei dem Justizminister Vefeler in Gegenwart des Kaisers einen Vortrag über „Die Stellung und die Aufgaben der Justiz im Leben der Gegenwart“ halten durfte. Wie fruchtbar, wie segensreich konnte die Stunde, die dem Gelehrten gegönnt war, für uns alle werden, wenn Herr Gierke nur ein Mindestmaß von Objektivität gezeigt, wenn er nur erwähnt hätte, daß zahlreiche und angesehenen Männer der Wissenschaft die Entfremdung zwischen Volk und Recht als eine Tatsache anerkennen, daß selbst konservative Publizisten den Vorwurf der „Klassenjustiz“ erheben, daß die Vorbildung unseres Richterstandes, nach dem Zeugnis hochstehender Juristen, viel, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Herr Gierke hielt sich für befugt, dies und vieles andere

z. B. die pathologische Folgeerscheinung der Majestätsbeleidigungsprozesse, das Denunziantentum) zu ignorieren und dem Kaiser, der von ihm lernen wollte, mit Potemkinkünsten aufzuwarten. Er feierte mit einem Überschwang, der dem Manne der Wissenschaft nicht ansteht, die schöpferische Allmacht des Monarchen und tat alle Kritik hochmütig mit der die wirkliche Lage gröblich entstellenden Behauptung ab, daß nur die Sozialdemokratie Mörgelei treibe und die Rechtsordnung des Staates zu unterwühlen trachte. Daß neben der destruktiven Kritik eine organische vorhanden sei, die reformieren wolle, um die Rechtsordnung des Staates zu erhalten und zu festigen, das verschwieg Professor Gierke dem Kaiser. Diese Unterschlagung muß um so schärfer getadelt werden, als der Kaiser augenscheinlich diesen Vortrag angeordnet hatte, um sich von einem Sach- und Fachkenner vorurteilslos informieren zu lassen.

So wird die Technik des Verschweigens und des Schönfärbens gerade den Majestäten gegenüber unablässig geübt. Tout est pour le mieux dans le meilleur des mondes possibles. Und schließlich glauben's die Herrschaften, denn sie wollen ja aus vollem, aufrichtigen Herzen das Beste und so lassen sie sich gern davon überzeugen, daß es allenthalben schon erreicht sei.

Deshalb muß dann und wann einmal ein Alarmruf erschallen!

Aber es gibt noch einen anderen, einen vielköpfi-
 gen Souverän und auch ihm wagt man nicht die Wahr-
 heit zu sagen. Wir wissen jetzt, daß wir eines schönen
 Tages in unserer Morgenzeitung die Mobilmachungs-
 ordre finden können, wie Lord Byron sich eines schönen
 Tages beim Erwachen „berühmt fand“. So war es
 im vorigen Jahre wiederholt um die auswärtige Lage
 bestellt; es wurde aber unentwegt beruhigt und be-
 schwichtigt, d. h. gelogen. Wer etwa zu behaupten
 wagte, es drohe Kriegsgefahr, der wurde dementiert
 und insultiert. In bester Absicht. Selbstverständlich.
 Das Auswärtige Amt gibt die Parole aus und alle
 diejenigen Blätter, die nach der Nachrichtentrippe
 streben, wiederholen sie und kommentieren sie gesin-
 nungstüchtig. Dem Auswärtigen Amt kann ich keinen
 Vorwurf daraus machen, daß es die Presse zu beein-
 flussen sucht; im Gegenteil, es ist seine Pflicht, dies
 zu tun. Denn jede auswärtige Politik bedarf heut-
 zutage der nationalen Resonanz, und diese sucht der
 mit der Orientierung der Presse betraute Geheimrat
 zu erzielen. Geschieht es im Interesse der Sache, so
 ist dies Bemühen berechtigt und jeder Staatsmann,
 und wäre er noch eitler als Gortschakoff („il se mire
 dans son encier“), wird glauben, er handle im In-
 teresse der Sache, wenn er sich in offiziellen und frei-
 willig-offiziösen Blättern Lorbeerkränze winden läßt.
 Weniger einwandfrei ist das Verhalten derjenigen

Der viel-
 köpfige Sou-
 verän.

Blätter, die für eine meist sehr kümmerliche Information ihr politisches Judizium verkaufen. Ich glaube aber, daß diese Neigung zu wenig einträglichen und entwürdigenden Tauschgeschäften in letzter Zeit etwas abgenommen hat; ich glaube, daß das Publikum der gebildeten Stände mit „Depeschen“ übersättigt ist und sich nach politischer Reflexion sehnt; ich glaube, daß eine Zeitung, die den gediegenen und besonnenen Leitartikel kultivieren wollte, jetzt wieder eine Gemeinde finden würde. Denn unser Publikum ist eben ein deutsches Publikum und daher wird die Amerikanisierung der Zeitung gewiß über kurz oder lang einer Reaktion begegnen. Heute aber ist es freilich so, daß die wirklich maßgebenden Blätter — d. h. die mit großer Auflage — jede ernstere politische Betrachtung ablehnen. Das Blatt wird immer „anregender“ und das Publikum immer stumpfer. Daher denn an jeden Tageschriftsteller die Mahnung herantritt, er möge doch ja recht „prickelnd“ schreiben; seine Prosa muß einem Kohlensäurebade gleichen, damit die geistigen Stauungen des Lesers beseitigt werden. Politische Probleme „prickeln“ aber nur selten und deshalb vermeidet sie ein wirklich modern geschulter Redakteur nach Kräften. Er ist neutral, er ist loyal, er eliminiert „bedenkliche“ Stoffe und berichtet lieber, wie hinten weit, in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen. Vesuv, Formosa, San Franzisko, das war

eine köstliche Zeit. Daß die politische Aufklärung der Nation in einem konstitutionell regierten Staate die wichtigste Aufgabe der Presse ist, daß ohne sie das allgemeine Wahlrecht nur der Prolog zu einer Posse oder zu einer Tragödie sein kann, das wird vergessen.

Vor allem wird in höherem Auftrage beruhigt und beschwichtigt.

Deshalb muß dann und wann ein Alarmruf erschallen!

Die Nation muß die Fensterscheiben bezahlen, die die Presse einwirft; mag sein. Aber es gibt auch andere Wahrworte, z. B. Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi: ist denn nicht die Nation auch die Suppe aus, welche die Diplomatie ihr einbrockt? Indessen will ich die Verantwortung, die dem Tageschriftsteller erwächst, keineswegs leichttherzig leugnen und schwerlich wird der Leser auf den folgenden Seiten ein Wort finden, das geeignet wäre, die Zirkel des politischen Archimedes in der Wilhelmstraße zu stören. Ich werde mich eines trocknen Tones befleißigen und im übrigen nur, wie Peter Altenberg, sagen, „wie ich es sehe“. Ich erhebe nicht die Prätention, „auszusprechen, was ist“, das scheint mir anmaßend. Ich gebe un coin de la politique vu à travers mon tempérament und beanspruche nur das Lob, das eigentlich selbstverständlich sein sollte, aufrichtig geredet zu haben. Derjenige, der nichts Neues von mir hört, möge be-

„Wie ich es
sehe“.

denken, daß wir wiederholen müssen, wenn wir wirken wollen. Derjenige, der nicht meiner Ansicht ist, freue sich, daß ich ihm Gelegenheit gebe, die Meinige im Widerspruch zu klären.

* * *

Die Elogen=
bombr.

Ich würde diese Broschüre nicht geschrieben haben, wenn nicht die Depesche des Kaisers an den Grafen Goluchowski veröffentlicht worden wäre. In ihr erblicke ich einen so schweren, so unbegreiflichen Mißgriff, daß ich nichts unterlassen will, um nach meinen geringen Kräften zu einer anderen Behandlung unserer auswärtigen Angelegenheiten beizutragen. Diese Depesche wird ganz wie das Telegramm des Kaisers an Krüger eine zeitliche Fernwirkung haben, die eine eingehende Besprechung an dieser Stelle rechtfertigt. Sie sei daher im Wortlaut wiedergegeben:

„Im Augenblick, da ich, mit Genehmigung Ihres Allernädigsten Herrn, dem Grafen Welfersheim das Großkreuz des Roten Adlerordens übersende, zum Dank für seine erfolgreichen Bemühungen in Algeciras, drängt es mich, Ihnen von Herzen aufrichtigen Dank zu sagen für Ihre unerschütterliche Unterstützung meiner Vertreter, eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen. Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes in gleichem Fall auch von mir gewiß sein. Wilhelm I. R.“

Zunächst muß gegen das Telegramm ein formaler

Einwand erhoben werden, der aber nur scheinbar formal ist, vielmehr die gewichtigste Realität in sich schließt. Das Telegramm ist nicht gegengezeichnet, Angstmeiern, die ihre Meinung nicht zu sagen wagen, ist dies ein bequemer Durchschlupf. Sie behaupten einfach, das Telegramm besitze keine staatsrechtliche Gültigkeit. Es sei eine private Äußerung, die der Kritik nicht unterliege. Diesen Jämmerlingen wollen wir nicht folgen. Gegengezeichnet oder nicht. Das weiß der Kaiser, daß ihn die Deutschen nicht im Stich lassen und deshalb engagiert uns das Telegramm. Gerade deswegen lastet aber auf einem Monarchen eine so schwere Verantwortung, weil Millionen mit Gut und Blut für sein Wort einstehen und deshalb dürfen und müssen wir, im eigenen Interesse des Monarchen und seines Hauses, wie in dem des Staates und der Nation, immer wieder und immer nachdrücklicher fordern, daß der Kaiser vor solchen Schritten den Rat des Kanzlers einhole. Daß der Kanzler „nachträglich“ die Verantwortlichkeit übernimmt, nützt uns nichts. Solche Bereitwilligkeit beweist nicht, daß er die Handlungsweise des Kaisers billigt, sondern nur, daß er, wie die Chinesen sagen, das Gesicht wahren will. Man hat den Kanzler einmal einen „Bremsen“ genannt: nun, nach der Katastrophe braucht nicht mehr gebremst zu werden. Wäre Graf Bülow vor Absendung des Telegramms um seine Ansicht be-

fragt worden, so würde er dem Kaiser etwa folgendes gesagt haben:

Eine ungehaltene Rede.

„Eure Majestät bitte ich zunächst die Person des Adressaten in Betracht ziehen zu wollen. Graf Goluchowski ist aus einer Familie hervorgegangen, in der nationalpolnische Traditionen und jesuitische Erziehungseinflüsse gleich mächtig gewesen sind. Ich bezweifle, daß seine persönlichen Empfindungen Eurer Majestät gegenüber andere sind, als die anderer polnischen Magnaten. Eure Majestät wollen nicht vergessen, daß Sie es waren, der das im polnischen Oesterreich gehässige Echo erweckende Wort von der „sarmatischen Frechheit“ sprach, daß Sie es sind, dessen weise und wahrhaft staatsbehaltende Ostmarschallpolitik von einer zügellosen Presse als Bergewaltigung der Polen gebrandmarkt wird. Wenn wir wirklich jemandem zu danken haben, so dürfte es Kaiser Franz Josef sein, dessen Intentionen doch schließlich Graf Goluchowski nur korrekt ausgeführt hat, ganz wie ich bestrebt bin, die erhabenen Gedanken meines kaiserlichen Herrn, soweit es in meinen bescheidenen Kräften steht, in die Tat umzusetzen. Es fragt sich nur, ob Eurer Majestät edles Herz diese Pflicht der Dankbarkeit nicht allzu ernst nimmt. Warum sollte Oesterreich nicht ein bißchen den ehrlichen Matler spielen? Mußte ihm doch, bei der augenblicklichen Desorganisation seiner Heeresverhältnisse, besonders daran ge-

legen sein, einem casus belli, der vielleicht ein casus foederis werden konnte, vorzubeugen. Osterreich hat von den Westmächten nicht viel zu fürchten und zu hoffen. Da es keine Weltmachtpräntionen an den Tag legt, erfreut es sich jenes Quietismus, den man dem Schwachen so lange gönnt, bis ihn endlich ein Stärkerer sich zur Beute ersieht. Osterreich konnte sich diesmal wohl in der Rolle des „desinteressierten Gentleman“ gefallen und es wäre eine unbegreifliche Unfreundlichkeit gewesen, wenn es uns den kleinen Dienst verweigert hätte, Vorschläge, die wir selbst nicht gut machen konnten, unter eigener Firma an die Adresse des Gegners gelangen zu lassen. Bedenken Eure Majestät, was einst Zar Nikolaus für Osterreich getan hat. Er unterwarf mit 150 000 Mann das rebellische Ungarn und zog seine Armee wieder zurück, ohne das geringste Äquivalent gefordert zu haben. Den Dank vom Hause Osterreich kennen Eure Majestät besser als ich. Ein von unseren Modernen viel belächelter französischer Schriftsteller, Octave Feuillet, hat gesagt: „Malheur aux peuples, qui ne pratiquent pas l'ingratitude!“ Übrigens bin ich weit davon entfernt, ein politisches „Jenseits von Gut und Böse“ zu predigen, ich beschränke mich auf den vorliegenden Fall und bitte mein alleruntertänigstes Botum dahin abgeben zu dürfen, daß wir zu einer enthusiastischen Dankbarkeit keinen Grund haben, daß Graf

Goluchowski schwerlich etwas getan hat, um sie zu verdienen und daß die Form, die Eure Majestät zu wählen geruhten, den Kaiser Franz Josef vielleicht nicht angenehm berühren dürfte.

Eure Majestät wissen, daß in Oesterreich der Ruf „Hoch Hohenzollern!“ von einer großen und sich heftig gebärdenden Partei wie ein Losungswort erhoben wird, und daß er bis zu den Fenstern der Hofburg emporgedröhnt hat. Die internationale deutschfeindliche Agitation hat oft genug insinuiert, Eure Majestät wollten die österreichische Artischocke Blatt für Blatt verspeisen. Ganze Bücher sind über dies Thema geschrieben worden, und in Ungarn läßt sich's der Mittelstand nicht nehmen, Eure Majestät wollten Magyarieren zu einer Sekundogenitur des Hauses Hohenzollern machen, und Prinz Eitel Fritz sei von Kindesbeinen an in der Sprache unterrichtet worden, in der Graf Apponyi so berauschte Baritonwirkungen erzielt. Eure Majestät werden durch Allerhöchst ihr Telegramm die Stimmung der dortigen höchsten Kreise, die ohnehin schon slawophile Belleitaten genug aufweist, noch zu ungunsten der Deutschen Oesterreichs beeinflussen.

Nicht unbedenklich erscheint mir auch, daß wir durch das Versprechen des Gegendienstes unsre Politik vinkulieren. Denn „gleiche“ Fälle gibt es in der Politik ebensowenig, wie es in der Natur gleiche Bäume oder auch nur gleiche Blätter gibt. Jeder

Fall hat seine Eigenart, und man kann wohl von Ähnlichkeit, niemals aber von Kongruenz sprechen. Wenn wir nun später in einem anscheinend gleichen, tatsächlich aber durchaus anders gearteten Falle unsere Hilfe verweigern, so wird man uns der Doppeltzungigkeit, der Unzuverlässigkeit zeihen, und der Bundesgenosse, der unserer Hilfe gewiß zu sein glaubte, wird die Enttäuschung, die wir ihm bereiten, übel vermerken.

Auch die Befürchtung kann ich nicht unterdrücken, daß Eure Majestät vielleicht die Bundesfürsten durch das Telegramm froissieren könnten. Die eigenartige Struktur des Reiches nötigt in dieser Beziehung um so mehr zu äußerer Vorsicht, als ja der Gang der Entwicklung sich ohnehin in der Richtung des Unitarismus bewegt. Wir haben nur dafür zu sorgen, daß diese — ich möchte sagen, natürliche — Tendenz nicht durch eine plötzliche Reaktion zugunsten des Föderalismus jäh unterbrochen wird. Eine solche wäre aber keineswegs ausgeschlossen, wenn wir nicht auch den Schein cäsaristischer Übergriffe sorgfältig meiden.

Für Italien möchte ich auf mildernde Umstände plädieren dürfen. Italien ist handelspolitisch auf ein gutes Einvernehmen mit Frankreich angewiesen; die Bevölkerung neigt sich ebenfalls, vor allen Dingen in den niederen Schichten, der „Schwester“-Republik zu. In diesem leider infolge dynastischer Schwäche zu einer Reinkultur des Parlamentarismus herab-

gesunkenen Staate bedeutet die vox populi mehr als in dem wundervollen Gebilde, das die Hohenzollern geschaffen haben. Außerdem hat Italien uns gegenüber nur eine Tradition: keine Tradition zu haben und rücksichtslos seinem Interesse zu folgen. Machiavelli war eben nicht umsonst ein Italiener, des Herrn von Buonaparte ganz zu geschweigen. Wer wie Eure Majestät die Virements der internationalen Politik unausgesetzt verfolgt, konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß Italien bestenfalls einen Eiertanz vollführen würde.

Nehmen wir das Geschehene ad notam, aber proklamieren wir nicht überlaut den Bruch. Vielleicht ändert sich die Lage und Bernunft fängt wieder an zu sprechen. Ich werde mit Eurer Majestät gnädigster Genehmigung diskret, aber bestimmt auf eine Klärung dringen. Eine Abwendung vom Dreibund würde durch das Telegramm nur beschleunigt werden, denn in Italien wird man das Versprechen einer Hilfeleistung an Osterreich als eine verkappte Drohung auffassen. Mit wem könnte auch wohl der östereichisch-ungarischen Monarchie ein auswärtiger Konflikt erwachsen, in dem wir ihr beistehen könnten, wenn nicht mit Italien?

Eure Majestät sehen aus meiner aphoristischen Darlegung, die sich zu einem Folianten ausarbeiten ließe, daß zahlreiche Bedenken gegen die Absendung

des Telegramms vorliegen. Die Weisheit meines allergnädigsten Herrn wolle entscheiden."

* * *

Der Kanzler hat so nicht sprechen können, weil er krank war und von der Absicht des Kaisers keine Kunde erhielt. Vielleicht hätte er sie auch nicht erhalten, wenn er gesund gewesen wäre. Unsere Konstitution ist ein Papier, und zwar ein durchlöcheretes Papier. Der Kaiser schätzt den Kanzler, er duzt ihn, nennt ihn „mein Bernhard“, aber er ignoriert ihn, wenn er ihm lästig werden könnte. Er hat — nach Aussage des Herausgebers der „Zukunft“ — den Herrn v. Tschirschky und Bögendorff zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt, ohne den Kanzler zu fragen, ob ihm die Wahl sympathisch sei. Der Kanzler ist im Amt geblieben. Augenscheinlich, weil er glaubt, auch in einer so beschnittenen, so prekären Stellung dem Vaterlande noch nützen zu können. Denn egoistische Motive kann man einem Mann, der Fürst und mehrfacher Millionär ist, nicht unterschieben. Jetzt wird er gehen.* Und man darf die Bilanz seines Wirkens ziehen.

Ein Blatt
Papier.

* * *

Im Juni 1897 betraute Kaiser Wilhelm Herrn Bernhard v. Bülow, den deutschen Botschafter am

Die Bülow-
Bilanz.

* Inzwischen hat die süße, freundliche Gewohnheit des Daseins und Wirkens gefestigt, der Kanzler bleibt und mit den geneigten Lesern belächelt der Verfasser seine eigene Naivität.

italienischen Königshofe, mit der Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs v. Marschall. Am 20. Oktober folgte die definitive Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen und drei Jahre später, am 17. Oktober 1900, die Berufung in das Amt des Reichskanzlers. Seit fast neun Jahren also ist der inzwischen in den Grafen- und Fürstenstand erhobene Herr v. Bülow der manager seines kaiserlichen Herrn.

Das Fazit dieser Jahre ist für Deutschland weniger günstig als für den Privatmann Bülow. Es läßt sich in drei Worte fassen: Deutschland ist isoliert. Und wenn wir uns noch so brünstig an Oesterreich klammern: Deutschland ist isoliert.

Zu Frankreich stehen wir in einem offenen Gegensatz. Das ist unsere Schuld. Jahre hindurch haben wir um Frankreichs Liebe geworben. Etwas teutonisch-bärenhaft vielleicht, aber wir blieben konsequent. (Es war wohl das einzige Gebiet, auf dem wir seit vielen Jahren Konsequenz bewiesen haben.) Dann aber brüskierten wir Frankreich in einem Augenblick, in dem wir in der Tat einmal einen Miniatursieg davongetragen hatten: als Delcassé gefallen war. In diesem Augenblick, in dem wir uns sorglich hüten mußten, Selbstgefälligkeit zur Schau zu tragen, verfahren wir's. Der Kanzler wurde an Bord eines Kriegsschiffes mit dreifachem Hurra

empfangen, und unsere offiziöse Presse schlug einen hohen Ton an. Psychologie ist die schwächste Seite des neuen Kurses, und so verpaßten wir den psychologischen Moment. Wir erzwangen die Algeciras-Konferenz, deren ungünstige Stimmung der jüngste Attaché voraussehen konnte. Wir wichen hier Schritt auf Schritt zurück. Frankreich setzte seine wesentlichen Forderungen durch. Wir begnügten uns mit dem „Inspekteur“, einer Operettenfigur wie Herr v. Zwack im „Obersteiger“. Und nicht zu vergessen, wir hielten die Tür offen, die ohnedies genau so „offen“ geblieben wäre, wie jetzt. Dann ergoß sich das Ordensmanna über Gerechte und Ungerechte; wir hörten, es beginne nun die Ära der Beruhigung; Bourgeois erklärte, der Zwischenfall sei erledigt; gewisse Zeitungen, denen langsames Reifen nicht in den Kram paßt, fabelten schon wieder einmal von einer deutsch-französischen Entente . . . Da schleuderte der Kaiser die Flogensbombe nach Wien. Patatras! Also war es doch eine Mensur, auf der es immer einen Sieger und einen Besiegten gibt. Das Gezänk beginnt von neuem. Und ich wiederhole: Zu Frankreich stehen wir in einem offenen Gegensatz.

In England haben wir jetzt ein liberales Kabinett, an seiner Spitze einen unentwegten Parteibonzen. Von diesem Biedermanne, der nie in seinem Leben eine eigenwüchsige Idee ausgesprochen hat, er-

warten gute Seelen, daß er imstande sein werde, John Bull die eigene irenische Stimmung zu suggerieren und die unermüdlige Tätigkeit des im Artikel „Isolicrung“ reisenden Königs mazzusetzen. Ich bin der Ansicht, daß Englands auswärtige Politik unter der liberalen Regierung genau dieselbe bleiben wird und daß König Eduard (wie mag er über das Telegramm an Goluchowski geschmunzelt haben!) über Herrn Campbell-Bannerman zur Tagesordnung übergehen wird. Quoi qu'on die, wie Alceß sagt, England und Deutschland werden früher oder später um die Absatzmärkte ringen. Bis dieser Schicksalstag anbricht, sorgt König Eduard dafür, den Deutschen überall die Stimmung zu verderben. Und wenn einmal ein großer Massenbezwinger an die Spitze der englischen Regierung tritt, so wird es ihm ein leichtes sein, die Nation für den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen. Chamberlain sagt zwar: „Der Handel ist der Friede!“ aber diese Wendung erinnert unangenehm an das berühmte „L'empire c'est la paix!“ und klingt in seinem Munde fast wie: „Der Handel ist der Krieg!“ Raum für alle hat die Erde? Wenn die Bevölkerungszunahme in Deutschland die gleiche bleibt, wie dies wahrscheinlich ist, so würden wir im Jahre 1965 schon ein Volk von 104 Millionen sein. Diese Betrachtung, die übrigens Schmoller anstellt, schränkt die Geltung

des friedseligen Dichterwortes bereits sehr erheblich ein.

Was wir von Italien zu hoffen haben, sahen wir schon. Hier nur noch einige Preßstimmen aus keineswegs dreibundfeindlichen Blättern, die sich über die Algeciras-Konferenz äußern:

Tribuna: „Französisch wird also der Einfluß auf die Bank sein, tatsächlich französisch die Leitung der Polizei. Das ist das Reale: der ganze Rest hat nur den Zweck, den Rückzug Deutschlands in möglichst anständiger Weise zu decken. Frankreich hat einen schönen Erfolg errungen.“

Capitale: „Deutschland hat alle seine Präntentionen aufgeben müssen, es hat die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß zu unverhüllt auftretende Ansprüche auf die Hegemonie von der Koalition der anderen Mächte heute noch ebenso zurückgewiesen werden wie früher.“

Vita: „Deutschland ist geschlagen, dreifach geschlagen; es hat die internationale Konferenz provoziert, um sich als den Beschützer der anderen aufzuspielen und ist von allen außer Österreich im Stich gelassen worden; es hat Schritt für Schritt zurückweichen müssen, bis nichts mehr von der ursprünglichen Liste seiner Forderungen übrig blieb.“

Pungolo: „Frankreich kann mit dem Ergebnis wahrhaft zufrieden sein, denn Deutschland geht schwer gedemütigt aus der Marokkofrage hervor.“

Giorno: „Es ist ein Glück für die armen Deutschen, daß keine weiteren Forderungen mehr an die Herren Radowig und Tattenbach gestellt werden konnten, sonst hätten diese talentierten Vertreter auch noch das Prinzip der offenen Tür selbst preisgegeben.“

Und die „Boss. Ztg.“ schrieb im Anschluß an diese Blütenlese: „Wie sich ‚Secolo‘, ‚Avanti‘, ‚Fieramosca‘, ‚Giornale di Sicilia‘, ‚Adriatico‘ u. a. mehr in wilder Freude über die vermeintliche deutsche Niederlage vernehmen lassen und wie sie sich vor Frankreich prostituieren, das bedarf weiter keiner Erwähnung. Man mag den Wert solcher Preßäußerungen einschätzen wie man will, jedenfalls ist eine Reorganisation der deutsch-italienischen Beziehungen von Volk zu Volk (nicht von Regierung zu Regierung) erforderlich.“
Meiner Ansicht nach war die deutsche Niederlage keine „vermeintliche“, sondern eine tatsächliche. Ferner ist keine Regierung in der Lage, eine so einmütig zutage tretende Volksstimmung zu ignorieren und am wenigsten ist es die italienische. Drittens weiß die Regierung das sehr gut und hat daraus längst ihre Konsequenzen gezogen, denn schwerlich ist Visconti-Venosta ohne das Einverständnis seiner Regierung über Paris und Madrid nach Algeciras gereist. Also, was Italien betrifft, sind wir wohl ausreichend informiert.

Österreich. hm, Österreich wäre sehr wertvoll, wenn nur die „Monarchie auf Kündigung“ nicht

nahezu aktionsunfähig wäre, wenn nur die slawischen Belleitäden — die Wahlreform beweist es — nicht so stark wären, wenn nur sein Interesse am Dreiebund nicht so sehr abgeschwächt wäre, weil es von dem zerrütteten Rußland für ein Jahrzehnt nichts zu fürchten hat und weil Italien die Ostgrenze verächtlich rüstet.

Rußland hält an dem kapitalkräftigen Freunde fest. Trotz aller deutschen Liebedienste. Denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf.

Amerika wartet ab und nimmt inzwischen von uns den handelspolitischen Zehnten entgegen.

Japan lauert in schlecht verhehlter Gehässigkeit.

Dies also ist auf dem Gebiet der auswärtigen Politik das Ergebnis der Bülow'schen Amtsführung: Deutschland ist isoliert. Die stärkste Militärmacht des Kontinents, ein Volk von etwa sechzig Millionen, das auf fast allen Gebieten unübertroffene Leistungen aufweist, das seit langen Jahren bald hier, bald dort um Freundschaft wirbt, wird allenthalben verschmäht, ist isoliert. Graf Schumalow sagte einmal zum Fürsten Bismarck: *Vous avez le cauchemar des coalitions!* und dieser erwiderte: „Nécessairement!“, auf deutsch: Die geographische Lage und die historische Entwicklung Deutschlands machen mir solche Sorge zur Pflicht.

Da können nur Patrioten in wildem Teutonen-

trog brüllen: „Deutschland bedarf keiner Bündnisse. Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt.“ Zingeltangel-Patriotismus (the vulgar patriotism of music-halls) nannte Chamberlain in seiner ersten Periode solche Ausbrüche. Selbstverständlich werden wir nicht verzagen, weil wir allein stehen; aber das Ibsenwort: „Der stärkste Mann auf der Welt ist der, welcher alleinsteht“, ist eine naive Fanfaronnade, die Stockmann, das große Kind, im Kreise der gläubig zu ihm aufblickenden Seinen ausspricht. Nein, wir wollen nicht nach Fuchsenart von saueren Trauben reden: Wir würden uns gern verbünden, aber wir finden keine Gegenliebe. Wir finden keine Gegenliebe, obwohl wir während des Burenkrieges und während des russisch-japanischen Krieges eine „vollkommen loyale Neutralität“ beobachtet haben. Beiden Staaten, England und Rußland, haben wir einen unschätzbaren Dienst erwiesen und nichts geerntet als offene und versteckte Feindseligkeit.

Die Befähigung eines Staatsmannes kann die Mitwelt nur am Erfolge messen: die Erfolge des Fürsten Bülow sind gleich Null. Man wende nicht ein, er habe uns jahrelang den Frieden erhalten. Wer will nachweisen, daß die Erhaltung des Friedens ein Verdienst der deutschen Diplomatie sei? Der Friede erhält sich heutzutage selbst. Seine Inter-

essenten sind zahllos und vermehren sich von Minute zu Minute. Am Kriege ist nur eine winzige Minorität interessiert und auch sie nur geschäftlich, während die Stimme der Menschlichkeit protestiert.

Nun erhebt sich die Frage: Warum erscheint Deutschland den übrigen Staaten nicht als bündnisfähig? Ein materielles Minus ist nicht vorhanden, wohl aber ein moralisches. Wir sind ein Element der Unruhe in Europa geworden, wir sind zu „impulsiv“, man kann sich nicht auf uns verlassen. So lauten die Anklagen und wir können sie nicht widerlegen. Talleyrands „Surtout, pas de zèle!“ ist für uns gesprochen. Wir haben zu viel geredet und gedrahtet, gratuliert und kondoliert, zu viel Komplimente und Präsente gemacht. Es ist überflüssig, diese Behauptungen mit Daten zu belegen; wir wissen alle, daß sie wahr sind. Wir haben im Gefühl unserer eigenen Unwiderstehlichkeit eine Politik getrieben, die schließlich das Gefühl unserer Unausstehlichkeit bei den Betroffenen wachrief. In bester Meinung; unsere Uneigennützigkeit dokumentiert sich unwiderleglich in der Tatsache, daß wir außer dem chinesischen Platz an der Sonne nichts erworben haben. Unsere Politik hat es erreicht, daß wir verhaft sind, ohne die wägbaren Benefizien, die uns für die Verstimmung der anderen Staaten entschädigen könnten, eingeheimst zu haben. Hätten wir sie, so

wollten wir die üble Laune der guten Freunde und getreuen Nachbarn gern ertragen und dem Fürsten Bülow Hymnen anstimmen. Aber wir vermögen eine Politik nicht zu bewundern, die uns nur die „Rehrseite der Medaille“ zeigt und deren Resultate durchaus negative sind.

* * *

Parenthese. Parenthese: Als ich diese Zeilen geschrieben hatte, kam die Abendzeitung. Kaum hatte ich sie geöffnet, als mein Blick auf das folgende Entrefilet fiel:

„In der „Wiener Politischen Korrespondenz“, die von jeher als offiziös gilt, finden wir folgende Mitteilungen über die Haltung Osterreich-Ungarns auf der Konferenz von Algeciras:

Aus Paris wird uns geschrieben: In dem Pressegeplänkel, das dem Diplomatenkampfe in Algeciras nachfolgt, fällt den hiesigen politischen Kreisen vielleicht am meisten die bei manchen Blättern zutage tretende Sucht auf, die Bedeutung der Rolle Osterreich-Ungarns in der Marokkofonferenz herabzusetzen. Die osterreichisch-ungarische Diplomatie soll sich nach der Auffassung der betreffenden Blätter zum dienstwilligen Organ Deutschlands gemacht und nicht so sehr als Vermittler wie als Übermittler deutscher Wünsche gewirkt haben. Die Verkehrtheit dieses Urteils kann wohl durch nichts überzeugender dargetan werden als durch die Stimme Frankreichs über

das Verhalten Österreich-Ungarns in der Konferenz. Wäre dieses tatsächlich bloß als Anwalt Deutschlands aufgetreten, dann wäre das naturgemäß von niemand so scharf betont und so abfällig besprochen worden als von französischer Seite. In Wirklichkeit hat aber die französische Diplomatie ihrer Anerkennung für die Anstrengungen Österreich-Ungarns Worte von besonderer Wärme geliehen und haben auch diejenigen französischen Pressorgane, die in der Marokkofrage an der Spitze der leidenschaftlichsten Kämpfe gegen Deutschland standen, die eifrige und erfolgreiche Initiative Österreich-Ungarns in dieser Angelegenheit bei jedem Anlaß hervorgehoben. So war es z. B. der „Matin“, der Äußerungen des Grafen Welfersheimb wiedergab, aus denen hervorging, daß Österreich-Ungarn keineswegs etwa bloß für Berlin arbeitete, sondern auch in Berlin zur Überbrückung der deutsch-französischen Gegensätze zu arbeiten hatte. Der österreichisch-ungarische Delegierte betonte, daß Graf Goluchowski sich in der ganzen Aktion unablässig um die Herstellung eines Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland bemühte, und der Berichtserstatter des Pariser Blattes fügt hinzu: Wenn Deutschland sich der Auffassung seines Alliierten anpassen und dadurch die Verständigung gesichert erscheinen werde, so werden Frankreich und die anderen Länder dem Takte und dem guten Willen des Grafen

Goluchowski Anerkennung zu zollen haben. In einer Mitteilung des „Matin“ anlässlich des Zustandekommens des Einvernehmens in Algeciras wird ausgeführt, daß unter den Mächten, die dort eine vermittelnde Tätigkeit entwickelten, Oesterreich-Ungarn in erster Linie gestanden sei. In anderen Berichten dieses Blattes wird die Hingebung geschildert, mit welcher Oesterreich-Ungarn sich den Bemühungen zur Erzielung eines Kompromisses in der Polizeifrage auf Grund des von ihm in Algeciras vorgelegten Entwurfes widmete. In einer Berliner Meldung des „Temps“ wurde auf die beträchtlichen Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen das österreichisch-ungarische Projekt für die Polizeiorganisation in der deutschen Reichskanzlei zu kämpfen hatte. Die österreichisch-ungarische Diplomatie sei jedoch unermüdet geblieben, bis ihre Auffassung endlich durchdrang. In einem späteren Berichte aus Algeciras wird der amendierte österreichisch-ungarische Entwurf hauptsächlich als ein persönliches Werk des Grafen Goluchowski bezeichnet, das nach seinem Meinungsaustausche mit den Kabinetten von Paris und Berlin zustande kam. In einer Rundschau über das Verhalten der einzelnen Mächte in Algeciras wird vom „Temps“ die maßvolle Haltung und Korrektheit Oesterreich-Ungarns gegenüber Frankreich gerühmt und hierbei auch der Tätigkeit des Grafen

Rhevenhüller anerkennend gedacht. Derartige Stimmen aus Frankreich, wo man gewiß eher zu einer scharfen Kritik der Mitwirkenden in der Marokkokonferenz geneigt war, genügen, um die Charakteristik, welche die Rolle Osterreich-Ungarns in den eingangs ange deuteten Blättern erfuhr, als arge Entstellung erkennen zu lassen.“

Dieses anscheinend sehr langweilige, für den Eingeweihten sehr kurzweilige Dokument habe ich im Wortlaut mitgeteilt, weil der unpolitische Leser es gewiß in der Zeitung übersehen oder übergangen hat. Und doch ist es sehr interessant und wichtig; es setzt gewissermaßen das Lúpferl auf das J. Unser treuer Bundesgenosse schildert uns seine „schöne Tat“, wie sie ihm selbst erscheint, unser „Sekundant“ erteilt uns eine gehörige Abfuhr. Denn es wird niemand glauben, daß sich diese offiziöse Apostrophe an gewisse, nicht einmal genannte Pariser Blätter richtet. Man sieht: manchen Leuten darf man nicht um den Hals fallen, sie antworten mit einer derben Maulschelle. In dem Communiqué ist ferner die Beflissenheit beachtenswert, mit der Osterreich-Ungarns maßvolle Haltung und Korrektheit gegenüber Frankreich betont wird. Die uns verbündete Regierung wägt fast ängstlich ab, damit Deutschland ja nicht ein Quäntchen Wohlwollen zu viel erhalte. Und so schließt sich der Kreis und ich wiederhole: Deutschland ist isoliert.

„Krieg in
Sicht?“

Ist es aber angesichts dieser Lage schon gerechtfertigt, „Krieg in Sicht!“ zu rufen? Gewiß nicht in dem Sinne, daß Hannibal vor den Toren sei und England eine Armee in Schleswig-Holstein landen lasse. Daß aber angesichts einer solchen Konstellation auch die nächste Stunde nicht mehr sicher ist, das bedarf kaum eines Beweises. Der Beweis ist ja auch dadurch gegeben, daß unsere Regierung selbst nicht mehr leugnet, daß wir dicht vor einem Kriege mit Frankreich gestanden haben. Die Thronrede, die Reden des Reichskanzlers und des Herrn von Rheinbaben beweisen, daß die Regierung den Ernst der Lage keineswegs unterschätzt. Auch das ist erwiesen, daß England der Republik für den Kriegsfall seine Unterstützung angeboten hat, und wäre nicht die Nation dem Gözen der „gloire“ untreu geworden, wäre sie nicht morsch und müde, wäre ihre Armee nicht — technisch archiprête, aber — im Innersten zerrüttet, so wäre heute schon die Furie des Krieges entfesselt. Selbstverständlich ist jede Prophezeiung auf diesem Gebiet Charlatanerie. Aber man kann fragen, ob die vorhandenen Bedingungen eine Konflagration begünstigen oder nicht und diese Frage muß bejaht werden. Es ist ungeheuer viel Zündstoff aufgehäuft: ein Funke kann die Explosion herbeiführen. In diesem Sinne ist allerdings Krieg in Sicht.

Keine Eisen-
barkur.

An dieser Stelle muß ich bekennen, daß ich zwar

kein „Pazifist“, aber ein Freund des Friedens bin. Es gibt Leute, die gern heroische Mittel empfehlen, die das schleichende Siechtum unseres Volkes durch schwere Heimsuchungen heilen wollen, die die Majestät des Krieges, seine reinigende Kraft und den furor teutonicus preisen. Ich meine, diese moralische Wirkung ist eine Illusion. Zum mindesten kann ich nicht finden, daß der Krieg von 1870/71 unsere Sittlichkeit vertieft, unsere Lebensanschauung geläutert hätte. Sollen wir uns vielleicht aus national-pädagogischen Zwecken eine Niederlage wünschen? Dieser „Patriotismus“ geht über meine Kraft. Auch vermisse ich, wenn ich auf Frankreich blicke, wiederum die moralische Wirkung. Daß die hochbegabte, elastische Nation, durch den Reichtum ihres herrlichen Landes begünstigt, die Niederlage rasch verwunden hat, ist richtig: eine moralische Wiedergeburt aber ist durch die niederschmetternden Erfahrungen des „schrecklichen Jahres“ nicht erzeugt worden. Schon im Jahre 1897 rief Otto Mittelstädt in seiner Broschüre „Vor der Flut“ den Kriegsgott an. Demnach mußte also etwa alle dreißig Jahre ein nationaler Läuterungsprozeß erfolgen, der über Millionen Menschen unsägliches Elend verhängt. Der Gedanke wäre furchtbar, bis zur Unerträglichkeit furchtbar. Die Staatskunst muß Kriege vermeiden, solange sie vermieden werden können, ohne vitale Interessen des

Volkes zu gefährden. In dieser einen Hinsicht teile ich die Ansichten unseres leitenden Staatsmannes. Nur ist es mit der Friedensliebe nicht getan, sie muß von kritischer Selbsterkenntnis unterstützt werden. In der letzten Zeit aber ist es Unsitte geworden, immer den bösen Nachbar anzuklagen. Es hat sich in den internationalen Verkehrston eine zänkische Gravaminalpolitik eingeschlichen, die uns gar nicht mehr zur Ruhe kommen läßt. Also prüfen wir uns selbst: wir müssen es doch bei den reinsten Absichten praktisch in vielem verfehlt haben, denn sonst hätten wir das Bismarcksche Erbe der Autorität wohl nicht so gänzlich eingebüßt.

Der Kaiser. Bei solcher Prüfung können wir den Kaiser nicht „aus der Debatte lassen“, da er im Vordergrund der Bühne steht. Wir müssen ihm wieder ans Herz legen, sein stürmisches Temperament zu zügeln, die konstitutionellen Formen innezuhalten und die Tragweite seiner Äußerungen und Handlungen reiflich zu überlegen. An Rückschlägen hat es während seiner Regierung nicht gefehlt, und die herrlichen Tage, denen uns der Markgraf von Brandenburg entgegenführen wollte, sind noch nicht erschienen. Indessen ist auch noch kein Grund zu verzweifeln. Unsere Volkskraft ist intakt, und der Gegner, der uns angreifen will, wird gut tun, sich den letzten Schritt zweimal zu überlegen. Wir

werden also doch vielleicht kriegerische Absichten und Koalitionspläne vereiteln können, wenn wir das Talent zeigen, durch Schaden klug zu werden, und in Zukunft auf alle Impromptus, alle Überraschungen verzichten und ganz philisterhaft auf einem graden Wege einherwandeln, statt bald nach links, bald nach rechts abzuirren. Das Motto „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!“ hat sich nicht bewährt; lassen wir also Menschen und Dinge an uns herankommen. Erziehen wir uns zur politischen Sophrosyne, verzichten wir auf Emotionen, auf Theatralik, auf große Worte, auf welterschütternde Gesten! Seien wir nüchtern, seien wir hausbacken!

Von den Vertrauensmännern des Kaisers ^{Die Minister!} müssen wir fordern, daß sie dem Kaiser die Wahrheit sagen, la vérité, rien que la vérité, toute la vérité. Ohne Rücksicht auf seine Ungnade. Ohne Rücksicht auf die eigene Karriere. Ein Telegramm wie das an Graf Goluchowski wäre unmöglich, wenn der Kaiser ausreichend informiert würde. Ein General erzählte mir einmal von einer Spezialaudienz, zu der er befohlen war. Zwei Flügeladjutanten empfingen ihn, und der eine sagte ihm, wo Se. Majestät hereintreten würde, und wies ihm seinen Platz an. „Aber ich bitte Sie,“ unterbrach der andere, „wie können Sie den Herrn General so postieren? Wenn der Herr General so steht, muß Se. Majestät ins Licht

sehen und dann ist er ungnädig.“ Vero, non trovato. Also, die Räte der Krone müssen dem Monarchen behilflich sein, daß er ins Licht sehen lerne. Alles, was über die Stellung der Minister zum Monarchen gesagt werden kann, ist in der Quintessenz in wenigen Sätzen der „Gedanken und Erinnerungen“ enthalten. Am 7. November 1863 schreibt Bismarck dem König: „Minister opponieren auch, wenn sie abweichende Ansicht haben, gehorchen aber doch der Entscheidung des Königs, obschon ihnen selbst die Ausführung des von ihnen Bekämpften obliegt.“ Hier findet sich am Rande von der Hand des Königs der Zusatz: „Wenn es nicht gegen ihr Gewissen läuft.“ Ehre seinem Andenken!

Der Reichs-
tag.

Aber opponieren unsere Minister überhaupt noch? Wir sind dessen keineswegs sicher, und deshalb erwächst dem Reichstage die Pflicht, die auswärtige Politik weit konsequenter, weit gewissenhafter als bisher zu kontrollieren. Für diese Kontrolle muß irgend eine Form gefunden werden. Es kann unmöglich so bleiben wie bisher. Wenn dieses wichtigste Gebiet der Einwirkung der Nation gänzlich entzogen ist, wenn es ausschließlich von dem nicht einmal beratenen, nicht einmal formell gedeckten Monarchen verwaltet wird, so ist überhaupt unsere ganze Konstitution eine Phrase. Die auswärtige Politik ist ja freilich überall mehr oder weniger ein Reser-

vat des Absolutismus geblieben, und die Eigenart des Ressorts rechtfertigt dies bis zu einem gewissen Grade. Aber ein mündiges Volk kann sich auch hier nicht blindlings gängeln lassen. Wir haben das Vertrauen, das Bismarck sich durch seine gigantischen Leistungen erworben hatte, ganz naiv auf seine Nachfolger übertragen, als ob Bismarcks Amt auch Bismarcks Verstand gäbe. Es ist Zeit, daß wir erwachen.

Die Presse tut im großen und ganzen ihre Die Presse. Pflicht. Sie ist in den letzten Jahren immer kritischer geworden, nicht etwa aus Nörgelsucht, sondern weil sie ein Echo der Volksstimmung ist. Trotz allen Eigenlobes, das nicht mehr im geringsten stinkt, haben doch die Gebildeten Deutschlands das Gefühl, daß es bergab geht und daß wir einer Katastrophe zutreiben, wenn nicht ein Hemmschuh angelegt wird. Hoffentlich emanzipieren sich die führenden Blätter von der Bevormundung des auswärtigen Amtes und besinnen sich auf ihre Mahner- und Warnerpflicht. Zum Donnerwetter, es handelt sich wahrlich um keinen Pappenstiel, auch nicht um chauvinistische Phrasen, sondern, wenn einmal die Mobilmachungsordre unterzeichnet ist, um Gut und Blut, um Schröpfen und Köpfen. Wir sind alle stark daran interessiert, daß ein Krieg vermieden werde. Denn ein siegreicher Krieg würde uns das unheilvollste Erstarren des absolutistischen Gedankens bringen, und

von dem, was ein unglücklicher Krieg heraufbeschwören würde, wollen wir gar nicht reden. Es genügt, wenn wir darauf hinweisen, daß ein paar Millionen Deutsche nichts sehnlicher wünschen, als den Umsturz der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Die innere
Politik.

Die internationale Lage gebietet uns, mit der Möglichkeit eines Krieges zu rechnen, und diesem Gedanken sollte sich die ganze innere Politik unterordnen. Es sollte nicht konservativ, nicht liberal, sondern unionistisch regiert werden. Es sollte nicht fastenmäßig, sondern volkstümlich regiert werden. Es sollten nicht die trennenden, sondern die einigenden Faktoren gestärkt werden. Es sollte fair play, Bewegungsfreiheit für das Individuum geschaffen werden.

Die Schul-
vorlage.

Diese Aufgabe scheint weder die Regierung, noch die Mehrzahl der Parteien zu erkennen und anzuerkennen. Ein Beweis dafür ist mir die neue Schulvorlage.

„Two na-
tions“.

Bekanntlich macht sie die Konfessionsschule zur Regel, die Simultanschule zur Ausnahme. In der Praxis ist dies auch heute schon so, aber die Vorlage legalisiert diese Praxis. Nun mag man über die Konfessionsschule und die Simultanschule noch so verschieden denken, eins läßt sich nicht leugnen: die Simultanschule verbindet, die Konfessionsschule scheidet. Sie scheidet äußerlich und innerlich; sie trennt das

Volk von Jugend auf in „two nations“. Darum erscheint sie mir unter den heutigen Umständen als gemeingefährlich. Es ist charakteristisch, daß die Simultanschule im Osten „aus nationalen Gründen“ in Geltung bleiben soll. Sie sollte, gleichfalls aus nationalen Gründen, für das ganze Land eingeführt werden.

Die Vorlage stabilisiert die geistliche Schulaufsicht, der Staat entwürdigt sich zur ancilla ecclesiae. Nun wissen wir, wie die von der Kirche übermittelte Bildung beschaffen ist. Magister praelegit, discipuli repetunt. Die Bildung der rezeptiven und reproduktiven Seelenkräfte ist das Wesentliche, die Stärkung der Urteilskraft und des Denkens wird vernachlässigt. Wer da glaubt, daß ein Lot Iudizium besser ist als ein Pfund Memoria, der muß diese Art der Bildung verwerfen. Eine Verfügung des königlichen Konsistoriums der Provinz Sachsen vom 17. Dezember 1900, die mit dem Provinzialschulkollegium und der Regierung vereinbart ist, belehrt uns über den „religiösen Gedächtnisstoff“, der als „Normalstoff“ bezeichnet wird. Er besteht in 170 Bibelsprüchen, nämlich 22 zur biblischen Geschichte, 6 Psalmen und Psalmabschnitten und 142 Sprüchen zur Erklärung von Luthers Katechismus, dazu kommen 20 Kirchenlieder. Um aber der Wohltätigkeit keine Schranken zu setzen, fährt die Verfügung fort: „Die Kirche hat in dem Normalstoff nicht mehr als das Minimum

Die Verdummung des Schülers.

des religiösen Gedächtnisstoffes zu sehen, auf das sie bei dem Konfirmandenunterricht hinfort rechnen darf.“ Also nur auswendig lernen. Weileibe nicht inwendig lernen, nicht lernen lernen, nicht denken lernen. Wo bleibt da die Entfaltung der geistigen Kräfte, wo bleibt das Individuum? Und doch können wir — General v. d. Goltz hat es erst neulich wieder ausgesprochen — das Individuum in der Taktik des heutigen Krieges nicht mehr entbehren. Das Heer ist keine Kugelspritze. „Vor dem Feind ist der Soldat nicht so maschinell, wie auf dem Exerzierplatze, und dies findet so gut bei den ersten Befehlshabern als den gemeinen Soldaten statt,“ sagt Scharnhorst in seinem Handbuch für Offiziere. Im nächsten Kriege wird diejenige Nation siegen, deren Armee die meisten Persönlichkeiten aufweist.

Der Lehrer
als Ductus
mauser.

Darum, lautet ein naheliegender Schluß, soll vor allem der Lehrer eine Persönlichkeit sein. Der Schulgesetzentwurf, der das Besetzungsrecht der Gemeinden auf das empfindlichste beschneidet, sieht bei Besetzungen, die im Interesse des Dienstes erfolgen, nicht einmal eine Anhörung der Kommune vor. Die Gemeinde, die den Lehrer aus seinem Wirken kennt, ist ohnmächtig; der Staat, der den Lehrer aus den Akten kennt, ist omnipotent. Ein Beispiel: Rektor Schulze wird oben als unruhiger Kopf denunziert, vielleicht, weil er am Geburtstag des Kaisers die Küchenfenster nicht illu-

minierte hat. Die Gemeinde berichtet, der Rektor habe sich mit bewunderungswürdiger Hingebung in die schwierigen lokalen Verhältnisse eingelebt, seit Pestalozzi habe es keinen besseren Pädagogen gegeben, sein Wirken könne als in hohem Grade segensreich bezeichnet werden . . . tut nichts, der Jude wird verbrannt. Im Interesse des Dienstes fort mit ihm nach Meseritz! So wird der Lehrer genötigt, gesinnungstüchtig zu sein, ja, zum Gesinnungsproß zu werden. Duckmäuser aber erziehen Duckmäuser.

Im nationalen Interesse also, das ein einiges Volk, ein Volk von Vollmenschen fordert, muß diese Vorlage, die verdummt und duckt, die dem furor catholicus sive evangelicus Tür und Tor öffnet, verworfen werden.

Ob es der Staat nicht noch einmal bereuen wird, seine Schulhoheit aufgegeben zu haben? Er hat nicht nur mit dem immer mehr verblässenden Protestantismus, sondern auch mit der römischen Kirche zu tun. Kann diese niemals wieder zur staatsfeindlichen ecclesia militans werden? Man soll nie „nie“ sagen. Ich öffne meine politische Bibel; Bismarck spricht in seinen Gedanken und Erinnerungen über den modus vivendi, den er im Jahre 1886 der Kurie gegenüber erreicht habe: „Inwieweit derselbe von Dauer sein wird und die konfessionellen Kämpfe nun ruhen werden, kann nur die Zeit lehren. Es hängt das von kirch-

Ecclesia
militans.

lichen Stimmungen ab und von dem Grade der Streitbarkeit nicht bloß des jedesmaligen Papstes und seiner leitenden Ratgeber, sondern auch der deutschen Bischöfe und der mehr oder weniger hochkirchlichen Richtung, welche im Wechsel der Zeit in der katholischen Bevölkerung herrscht. Eine feste Grenze der römischen Ansprüche an die paritätischen Staaten mit evangelischer Dynastie läßt sich nicht herstellen.“ Und weiter: „Bei jedem *modus vivendi* wird Rom eine evangelische Dynastie und Kirche als eine Unregelmäßigkeit und Krankheit betrachten, deren Heilung die Aufgabe seiner Kirche sei.“ Und endlich: „Ein ewiger Friede mit der römischen Kurie liegt nach den gegebenen Lebensbedingungen ebenso außerhalb der Möglichkeit, wie ein solcher zwischen Frankreich und dessen Nachbarn. Wenn das menschliche Leben überhaupt aus einer Reihe von Kämpfen besteht, so trifft das vor allem bei den gegenseitigen Beziehungen unabhängiger politischer Mächte zu, für deren Regelung ein berufenes und vollzugsfähiges Gericht nicht vorhanden ist. Die römische Kurie aber ist eine unabhängige politische Macht, zu deren unabänderlichen Eigenschaften derselbe Trieb zum Umsichgreifen gehört, der unseren französischen Nachbarn innewohnt. Für den Protestantismus bleibt ihr das durch kein Konfordat zu beruhigende aggressive Streben des Protestantismus und der Herrschsucht; sie duldet keine Götter

neben ihr.“ Frankreich zeigt deutlich Ermüdungssymptome und wird allmählich wahrscheinlich seinen Expansionstrieb einbüßen, schon deshalb, weil seine Bevölkerungszunahme stagniert. Die Kirche aber zeigt keine Spuren des Verfalls, sie wartet nur eine günstige Konjunktur ab, *patiens quia aeterna*. Daher muß der Staat mit einem möglichen Wandel der Zeiten und Anschauungen rechnen, er darf die Jugend, der er eine nationale Erziehung geben will, nicht dem Einfluß einer Geistlichkeit überlassen, die staatsfeindlich und in gewissem Sinne vaterlandslos ist. Wer bürgt uns dafür, daß der Papst einer internationalen, gegen Deutschland gerichteten Koalition nicht angehören würde? Ich predige keinen neuen Kulturkampf, die Zeiten sind dazu nicht angetan. Es ist genug, wenn das labile Gleichgewicht zwischen Staat und Kurie erhalten bleibt, aber die Jugend, die Zukunft unseres Volkes, dem katholischen Klerus zu überantworten, das ist eine Sünde wider den heiligen Geist der Nation.

Wenn man will, ist's ein Streit um des Kaisers Bart. Nach der offiziellen Statistik gab es in Preußen im Jahre 1901 im ganzen 36 756 öffentliche Volksschulen, unter ihnen 803 paritätische, also 2,2%. Aber ich bin ja nicht Dickens' Thomas Gradgrind, der immer Fakta und nur Fakta fordert, und ich spreche zu Deutschen, die stolz darauf sind, daß sie

Prinzipien
sind billig.

noch über Prinzipien streiten. Diese Prinzipien aus kindlichem Betätigungstrieb, nur, „um dabei zu sein“, preiszugeben, werden wir Herrn Hackenberg und Genossen überlassen.

Das Elend
der Volks-
schule.

Uns tut eben ein großer Schulminister not, der die Bedeutung der Volksschule erkennt und der Misere eine Ende macht. In einem Ministerialreskript vom 16. Dezember 1874 heißt es: „Steigt die Zahl der Kinder in der einklassigen Schule über 100 (!), so ist stets auf Anstellung eines zweiten Lehrers Bedacht zu nehmen.“ Daß es seitdem nicht wesentlich anders geworden ist, beweisen die Äußerungen, die der Kaiser, wenn ich nicht irre, in Kabinen, über die überfüllten Klassen getan hat. Wir schwelgen in Phrasen vom preußischen Schulmeister, der bei Königgrätz gesiegt habe, von der Jugend, für die das Beste gerade gut genug sei. In Wirklichkeit aber wird um des konfessionellen Prinzipes willen die Leistungsfähigkeit der Schule hintangesetzt. Die Resultate werden unsere Offiziere im Wacht- und Patrouillendienst spüren.

* * *

Der Kampf
um die Zu-
gend.

Unsere Zeit ist so überreich mit Aufgaben bedacht, die von heut auf morgen Erledigung heischen, daß wir über diesen unerbittlich drängenden Mahnern den Blick in die Zukunft unterlassen. Und doch sollten wir uns einer solchen Unterlassungssünde nicht schuldig machen, denn wir arbeiten doch nicht

allein für uns, sondern noch viel mehr für unsere Kinder. Das Wort après nous le déluge ist Deutschen nicht verständlich. Wir wollen nicht allein der Generation, der wir selbst angehören, ein friedliches, sicheres, arbeitsfrohes, genussreiches Dasein schaffen, wir wollen es auch unseren Nachkommen sichern, soweit dies in unserer Kraft steht; und natürlich nur im Sinne des Goethewortes: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Diesem Bestreben aber treten heute feindliche Kräfte entgegen, die bemüht sind, die Zukunft unseres Staates nach einem Ideal umzugestalten, das nicht das unsrige ist. Und in der richtigen Erkenntnis, daß die Zukunft der Jugend gehört, wenden sie sich an diese, zerstören in ihr durch eine giftige, entstellende Kritik die schöne Fähigkeit des Glaubens, Vertrauens und Berehrens und betören sie durch eine trotz aller Klügelei doch kindlich-naive Fata Morgana, die ihnen ein Paradies auf Erden vortäuscht.

Auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokratie wurde über einen Antrag verhandelt, der die Erziehung der Jugend in sozialdemokratischem Sinne ins Auge faßte. Der Antrag wurde dem nächsten Parteitag überwiesen und vielleicht infolge dieses dilatorischen Verhaltens in der Öffentlichkeit nicht so aufmerksam beachtet, wie seine Bedeutung, seine Tragweite es fordern durfte. Schließlich handelte es

sich ja nicht um etwas Aktuelles. Indessen ist die Lage dringlicher, als es dem flüchtig Hinblickenden vielleicht erscheint. Die Sozialdemokratie hat zunächst auf einen starken Stimmenzuwachs nicht mehr zu hoffen. Das hat die „Neue Gesellschaft“, eines ihrer Organe, selbst festgestellt. Die Partei hat in jüngster Zeit für die bürgerlichen Mitläufer viel von ihrem Reiz verloren. Der rübe Ton nach innen und nach außen, der widrige Neid gegen die Akademiker, die Brutalisierung der nicht in verba Augusti Schwörenden, diese und andere Schlacken traten deutlich zutage und das strahlende Gestirn der aus reinen Adelsmenschcn bestehenden „Kulturpartei“ begann zu verblassen. Instinktiv nahm die Partei den Niedergang ihres Prestige, die Minderung ihrer Werbekraft wahr, und sie beschloß, sich in der Jugend eine Reservearmee zu schaffen. Dieser Beschluß, an dessen Förderung durch die Tat wir nicht zweifeln dürfen, bedroht unser Volkstum mit einer ernstcn Gefahr.

Jugendeindrücke haften bekanntlich fast unausrottbar tief, und es wird unendlich schwer sein, denjenigen, der als Jüngling für die sozialdemokratische Lehre gewonnen ist, zu einer realeren, nüchterneren Auffassung unseres Staatslebens zurückzuführen. Gerade in diesem Alter müssen die chimärischen Verkündungen der roten Apostel besonders stark wirken; weiß doch der Halbwüchsige noch nicht, daß die Gedanken leicht

beieinander wohnen, die geringste Reform aber unendlich viel Einsicht, Mut und Energie verlangt. Er vernimmt die frohe Botschaft von dem irdischen Paradiese, die viele Züge vom Schlaraffenland des Märchens entnommen hat, und kann die Trugschlüsse, die ihm aufgezwungen werden, nicht widerlegen. Freiheit und Gleichheit! hört er's schallen — und diese alten, aber ewig jungen Worte üben ihren Zauber, dem ein unreifer Sinn sich schwer zu entziehen vermag, und dem erst die Kenntnis des Lebens und die Erkenntnis seiner Gesetze etwas von seiner Kraft benimmt. Und auch mit den rein wirtschaftlichen Lehren der Partei wird es der Jugend nicht anders ergehen. Wahrheit und Irrtum sind hier unendlich schwer zu sondern, am schwersten dann, wenn das eigene Interesse für die Bejahung der Dogmen spricht, wenn bereits im Elternhause der Boden für die Saat gelockert ist, wenn die ganze Umgebung mehr oder weniger unter dem Bann der neuen Lehre steht. In vieler Hinsicht scheint ja die wirtschaftliche Entwicklung die Lehren der Sozialdemokratie zu bestätigen, und diesen Schein wird der jugendliche Adept stets für Wirklichkeit nehmen. Wenn die Sozialdemokratie hier energisch einsetzt, so können die Konsequenzen ungeheure sein, und in 15—20 Jahren werden wir sie schauernd erleben. Dann wird ein Geschlecht kritischer Schwäger er-

wachsen sein, dem alle Freude am positiven Schaffen genommen ist, es wird sich eine Kluft geöffnet haben, die kein Opfermut mehr zu schließen vermag. Aber auch die nationale Arbeitsleistung wird leiden, denn diese Jugend wird nicht mehr lernen, sich nicht mehr unterordnen, nicht mehr gehorchen wollen, und daher werden die Qualitäten unserer Arbeit sich rasch herabmindern. Wehe uns aber, wenn die so zur Besserwisserei Gedrillten, in Doktrinen Befangenen, emssiger Tätigkeit Entwöhnten dann ihren Einfluß auf die vaterländische Politik ausüben!

Jeder, dem die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, wird zugestehen, daß wir die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, sondern dem neuen Vorstoß der Sozialdemokratie entgegentreten müssen. Und dies bald, nicht dann erst, wenn der Gegner einen Vorsprung gewonnen hat, der sich nicht wieder ausgleichen läßt. Mit großen Mitteln, wenn es möglich ist; mit kleinen, wenn es nicht anders sein kann. Der Staat, die Gemeinde, die Vereine, die Privatmänner, sie alle müssen zunächst einmal diesen Gesichtspunkt anerkennen lernen. Der Kampf um die Jugend muß als eine bürgerliche Pflicht gelten.

An erster Stelle kommt natürlich die Schule in Betracht. „Die Erziehung muß dahin wirken, daß der Mensch nicht allein mechanische Fertigkeiten und den Anfang von Wissen erlange, sondern, daß der

staatsbürgerliche und kriegerische Geist in der Nation erweckt werde.“ Diese Worte des Freiherrn vom Stein, die in schwerer Zeit gesprochen wurden, gelten auch heute noch. Die Zeit, in der wir leben, ist nicht minder ernst und fordert auch von unserem Geschlecht die nämliche virtus, die der markige Reformator als Ziel der Erziehung hinstellte. Und ein anderes Wort, das Fichte sprach, ist hier am Plage: „Jeder Deutsche, der noch glaubt Glied einer Nation zu sein, der groß und edel von ihr denkt, der auf sie hofft, für sie wagt, duldet, trägt, soll endlich herausgerissen werden aus der Unsicherheit seines Glaubens. Er soll klar sehen, ob er recht hat oder nur ein Tor und Schwärmer sei, er soll mit sicherem, freudigem Bewußtsein seinen Weg fortsetzen.“ Die Schule darf sich nicht darauf beschränken, formales Denken zu lehren, positive Kenntnisse zu übermitteln, sie soll auch die Trägerin nationaler Ideale sein, und, wo sie es noch nicht ist, es werden. Die Jugend soll nicht zum Chauvinismus, nicht zum Byzantinismus angeleitet werden, aber sie soll sich ihres Vaterlandes freuen lernen.

Das gilt natürlich für die höheren Schulen wie für die Volksschule. Für die höheren Schulen wird es nicht allzuschwer sein, Lehrkräfte zu finden, die, wie kürzlich in einer Broschüre vorgeschlagen wurde, wichtige Zeitfragen in freien Unterhaltungsstunden zu behandeln vermögen. Indessen bedarf die höhere

Schule einer solchen Anregung weniger als die Volksschule. Die Kinder der „Besitzenden“ sind schon lediglich durch diesen Besitz gegen kommunistische Anschauungen mehr oder weniger gefeit, auch bleiben sie länger auf der Schule und verlassen sie mit einer geistigen Ausrüstung, die ihnen eher gestattet, die Schwächen der sozialdemokratischen Lehren zu erkennen. Wichtiger ist die Volksschule, in der die Massen Unterricht und Erziehung empfangen. Hier müßte die Grundlage gelegt werden, auf der später fortgebaut und Einsicht in das Wesen und die Aufgaben des Staates erzielt werden kann.

Freilich dürfte, wenn diese Voraussetzung erfüllt wäre, der Unterricht nicht eben da abbrechen, wo er am unentbehrlichsten ist. Die Volksschule schließt heute mit dem dreizehnten oder vierzehnten Jahre ab; von diesem Datum an bleibt die Erziehung der Million deutscher Knaben, die alljährlich die Schule verlassen, ein Spielball des Zufalls. Daß aber die Volksschule bis zu diesem Alter im Hinblick auf staatsbürgerliche Erziehung noch nicht viel erreicht haben kann, bedarf keines Beweises. Es ist unendlich wichtig, daß der junge Mann rechtzeitig eine Vorstellung von den Grenzen staatlicher Macht erhält, damit er sich nicht im Glauben an seine Omnipotenz unfruchtbarer Mörgelei und unwürdiger Bettelerei ergibt und vom Staat fordert, was nur der einzelne zu schaffen

vermag. Dreizehnjährigen Knaben aber wird alles, was in diesem Sinne gesagt wird, Phrase bleiben. Wenige Jahre später liegt's schon anders. Da sind sie Mädchen im Wirtschaftsgetriebe geworden, da gewahren sie, wenn auch nur im engsten Kreise, das Ineinandergreifen der ökonomischen Faktoren. Dann aber fehlt es wieder an einem erfahrenen Lehrer, der sie vor übereilten Verallgemeinerungen schützt, sie vor chimärischen Hoffnungen behütet, ihnen das Recht des werdenden und gewordenen ruhig abwägt, auf den langsamen Schlag der Weltenuhr hinweist und ihnen vor allem den Chamberlainschen Lieblingsatz *force is no remedy* ans Herz legt.

Daß mit vierzehn Jahren die Erziehung noch nicht beendet sein dürfte, ist klar und in anderen Ländern längst anerkannt und praktisch berücksichtigt. Als im Jahre 1894 den Gemeinden des Kantons Waadt das Recht eingeräumt wurde, die Schulpflicht mit dem fünfzehnten Lebensjahre aufhören zu lassen, haben sich von 338 Gemeinden des Kantons 319 für die Befreiung der Kinder erst nach dem zurückgelegten sechzehnten Lebensjahre entschieden.* Ähnlich haben die

* Siehe in dem von E. v. Schenkendorff und Dr. H. Lorenz herausgegebenen Buche „Wehrkraft und Erziehung“ bei R. Voigtländer, Leipzig, 1904, die warmherzigen und kenntnisreichen Ausführungen des Münchener Stadtschulrates Dr. Georg Kerfenssteiner „Zwischen Schule und Waffendienst“.

Kantone Bern und Genf ihre Schulpflichtszeiten bemessen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Kantone ist nicht nur nicht gesunken, sondern hat sich allenthalben wesentlich gehoben. In Deutschland sollte der Besuch einer ausreichend organisierten Fortbildungsschule den Lehrlingen im Interesse einer staatsbürgerlichen Erziehung reichsgesetzlich zur Pflicht gemacht werden, da nicht überall seitens der Gemeinden eine so einsichtige Haltung vorausgesetzt werden darf, wie die erwähnten sie bewiesen haben. In München z. B. haben die Lehrlinge in einer Reihe von Gewerben während der Wintermonate zwei Stunden täglich Unterricht. Was in einer Stadt von 600 000 Einwohnern möglich ist, muß überall in Deutschland möglich sein.

Ferner sollte an allen Fach-, Handwerker- und Kunstgewerbeschulen ein Unterricht über Wesen und Aufgaben des Staates als unerläßlicher Bestandteil der Gesamtorganisation angegliedert werden. Daß solche Einrichtungen notwendig und möglich sind, zeigen uns Frankreich und die Schweiz. Im Unterrichtsprogramm der Kunst- und Handwerkerschule zu Bern ist schon vor zwölf Jahren ein Kursus über Vaterlandskunde eingeführt worden. Neben gelegentlicher Wiederholung aus der politischen Geschichte des Vaterlandes erstreckt er sich vor allem auf Betrachtungen über den Gemeinde-, Kantons- und Bundes-

haushalt, über die Tätigkeit der gesetzgebenden, administrativen und richterlichen Behörden, über Rechte und Pflichten des Schweizer Bürgers, über die Produktionsfähigkeit des Landes, über dessen Gewerbe und Industrie, über die Handelsbeziehungen zum Ausland. Als im Jahre 1894 der Unterricht zum ersten Male einsetzte, konnte nur eine Klasse mit 23 Schülern gebildet werden; schon vier Jahre später war die Zahl der Klassen auf elf und die der Schüler auf 300 angewachsen. In Frankreich besteht kaum eine Fachschule, kaum eine Lehrwerkstätte, die nicht neben vaterländischer Geschichte instruction civique, droit usuel und économie politique in ihr Lehrprogramm aufgenommen hätte.

Durch diese und ähnliche Einrichtungen müßte die Lücke, die jetzt von der Beendigung der Volksschule bis zum Beginn des Militärdienstes klafft, geschlossen werden. Die Schulen müßten sich ihrer staatsbürgerlichen Aufgabe voll bewußt sein, jede Art von Gemeinlichkeit müßte unter den jungen Leuten gepflegt werden. Und das alles dürfte nicht im Geist einer Partei geschehen, sondern nur von warmem vaterländischem Empfinden beseelt; dann würde dieser Kampf um den edelsten nationalen Besitz, der Kampf um die deutsche Jugend, gewiß zum Siege führen.

* * *

Leibgarde
oder Volks-
heer?

Einer Koalition von Gegnern können wir nur dann furchtlos entgegentreten, wenn wir das Volk in Waffen bleiben oder es noch mehr als bisher werden. Die Armee hat in den letzten Jahren unbedingt viel an Volkstümlichkeit verloren. Das ist eine natürliche Folge des langen Friedens, es ist aber vor allem die Schuld unserer militärischen Behörden. Unser Heer kann nicht volkstümlich sein, solange es von einer Kaste beherrscht wird, solange die Mißhandlungen fort dauern und solange es zu einer Polizei- und Paradedruppe herabgewürdigt wird.

In welcher skrupellosen Weise der Adel im Heere bevorzugt wird, ist jedem bekannt. Ein einziger Blick in die Rangliste, ein Vergleich der Garde- und Linienregimenter lehrt es. (Und es sind keineswegs die alten Militärfamilien, die diese Auszeichnung genießen; ihren Abkömmlingen begegnen wir, weil sie verarmt sind, oft genug in den Regimentern von der „hohen Nummer“.) Der bürgerliche Offizier ist ein Offizier zweiter Klasse, und es ist sonderbar, daß bürgerliche Väter sich entschließen, ihre Söhne in die Armee eintreten zu lassen, so lange dieses System andauert. Der Zubrang des bürgerlichen Elements zum Offizierkorps ist ein Beweis dafür, wie gering das Selbstgefühl unseres Bürgertums ist. Man verweist dagegen auf die Tradition des Heeres; man behauptet,

eine Kriegerkaste als Kern des Offizierkorps sei unentbehrlich. Erstens ist diese Tradition jünger, als allgemein angenommen wird, dann aber müssen sich alle Traditionen im Wandel der Zeiten umbilden, wenn sie nicht zu hemmendem Ballast erstarren sollen; die Adelskaste ist aber immerhin noch entbehrlicher für die Armee als das bürgerliche Offizierkorps. Wenn nicht auf diesem Gebiet Besserung geschaffen wird, so spaltet sich unser Offizierkorps in zwei feindliche Lager, und durch eine solche latente Zwietracht würde die Schlagkraft der Armee wesentlich verringert werden. Ich vermag allerdings auf Besserung nicht zu hoffen, da ja unser gesamtes Staatsleben oligarchisch geleitet wird und da der allerhöchste Kriegsherr seinerzeit seine Sympathien für die „Edelsten und Besten der Nation“ rückhaltlos bekannt hat. Jede Anfeindung der „Junker“ liegt mir — schon um des Junkers Bismarck willen — völlig fern, doch glaube ich, daß der moderne Staat sich nur auf das Prinzip von Leistung und Gegenleistung basieren kann und daß dieses Prinzip in Preußen tagtäglich und geradezu grundsätzlich verletzt wird.

Was die Mißhandlungen betrifft, so ist der Publizist hier mehr als auf jedem anderen Gebiete in der peinlichen Lage, sich immer aufs neue wiederholen zu müssen. Es wird ihm dann vorgeworfen, er bringe immer wieder die alten Bemängelungen

Die Tradition der Fuchtel.

vor. Gewiß, weil eben die Mängel stets dieselben bleiben. In einer einzigen Woche las ich von drei Mißhandlungsprozessen. In zweien von ihnen waren Unteroffiziere verurteilt worden, sie hatten sich über fünfzig- und sechzigmal dieses Vergehens schuldig gemacht; im dritten Falle hatte ein Leutnant seinen Vurschen geohrfeigt, er hatte ihn mit Rosenamen wie „Mistfchwein“ und „Dreckhammel“ beehrt und war zu zehn Tagen Stubenarrest verurteilt worden. Nun hat der Kriegsminister allerdings nachgewiesen, daß die Mißhandlungen nicht unerheblich abgenommen haben. (Auch die Bestrafungsziffer wegen „unvorschriftsmäßiger Behandlung“ sollte dem Parlament mitgeteilt werden: früher war es üblich, leichtere Fälle in diese Rubrik einzureihen, und wenn diese Gewohnheit noch bestände, so wäre die Statistik des Kriegsministers sehr ergänzungsbedürftig.) Das ist erfreulich, aber wir geben uns zu leicht zufrieden. Unsere Volksboten wissen, daß sie in die Kommandorechte des Kriegsherrn nicht eingreifen dürfen und damit holla. Vor kurzem hat ein Minister, ein alter und sehr besonnener Mann, auseinandergesetzt, daß auch die Militärhoheit des Königs eine konstitutionelle sei und daß die Rechte des Königs dem Willen der Nation entfloßen seien, das war aber . . . in Ungarn. In Preußen stellt die Verfassung bekanntlich ein „Gnadengeschenk der Krone“ dar. Ich möchte

nicht mißverstanden werden, ich plädiere nicht etwa für ein Parlamentsheer. Ich wünschte nur, daß die Entwicklung der Heeresinstitutionen mit dem Leben der Nation Schritt hielte. „Alle Stärke, Kriegswissenschaft und Vollkommenheit des inneren Organismus und Mechanismus eines Heeres sind nicht geeignet, das Vaterland kräftig und dauernd zu schützen, wenn sie nicht mit dem geistigen und moralischen Leben des Volkes selbst in innigster Übereinstimmung stehen,“ sagt ein Kenner der preussischen Heeresgeschichte treffend.

Gewiß, die Mißhandlungen werden sich — von den zahlreichen Fällen krankhaft-sadistischer Perversion ganz abgesehen — niemals völlig ausrotten lassen. Borgesetzte und Untergebene sind eben Menschen; diese lassen es bisweilen am guten Willen des Schülers, jene an der Selbstbeherrschung des Lehrers fehlen. Andere Faktoren treten hinzu: je kürzer die Dienstzeit bemessen wird, desto mehr Mißhandlungen; je höher die Aufgabe gestellt wird, desto mehr Mißhandlungen; je geringer die Zahl des Lehrpersonals, desto mehr Mißhandlungen; je peinlicher der Besichtigungsdrill, desto mehr Mißhandlungen. Aber die Verkürzung der Dienstzeit bis zu der Grenze, die durch die Leistungsfähigkeit der Armee gezogen wird, ist eine unabweißliche individuelle und volkswirtschaftliche Forderung; die Entwicklung der Waffentechnik mit

ihrer Rückwirkung auf die Taktik stellt an die Intelligenz des Soldaten immer wachsende Ansprüche; die friedliche, auf bürgerlichen Erwerb gerichtete Tendenz unserer Zeit vermindert die Zahl der brauchbaren Kapitulanten; der Besichtigungsdrill wird nur mit den Besichtigungen aufhören, und diese sind anscheinend unentbehrlich. Mithin müssen wir uns aus psychologischen, kulturellen, volkswirtschaftlichen und militärischen Gründen darein ergeben, daß die Mißhandlungen schwerlich ganz verschwinden werden, solange nicht die stehenden Heere überhaupt verschwinden. Und ich fürchte, das wird auch das liberale Kabinett in England nicht erreichen, auf dessen friedselige Gesinnung so viele gute Menschen ihre Hoffnung setzen.

Mehr als irgend eine andere Einrichtung des Staates bedarf die Armee der Tradition. Das sei ohne weiteres zugegeben. In bezug auf die Behandlung der Untergebenen herrscht aber im Heere die Tradition der Fuchtel. Mit dieser Behauptung will ich nicht etwa einen schweren Vorwurf gegen die Armee erheben. Xenophon berichtet von Klearch, daß dieser — in dem ganz demokratisch organisierten Griecheneere! — die Soldaten schlug und, den Jahrhunderten vorausgreifend, der „altpreussischen“ Ansicht war, die Mannschaften mußten den Vorgesetzten mehr als den Feind fürchten. Also gab es mutmaßlich den

Typus Krossigt in allen Armeen. In der preußischen freilich wurde das Prügeln zum System erhoben. Dieses System läßt sich nicht ausreichend mit dem Hinweis darauf motivieren, daß das Material des Heeres international, roh und unzuverlässig war; auch der adelige Fähnrich empfing bei Vergehungen „von der schweren Hand des Regimentsadjutanten“, wie es in einem alten Berichte heißt, eine angemessene Anzahl Hiebe. Über die Ehrenrührigkeit der Körperstrafen denken verschiedene Zeiten und Nationen verschieden. Einer der geistig schönsten Epheben bei Plato spricht ohne Aufwallung von einer häuslichen Züchtigung; Walthar von der Vogelweide verwirft die Rute in einem vielzitierten Vers, empfiehlt sie aber in einem anderen; welche Erziehungsmittel Friedrich Wilhelm I. dem Kronprinzen gegenüber anwandte, ist bekannt, und die kameradschaftlichen Exekutionen, die „raggings“ in den englischen Regimenten haben vor wenigen Jahren das Erstaunen der ganzen gebildeten Welt erregt. Ich will mit diesen Beispielen, die mir gerade einfallen, nur folgendes sagen: in der Zucht aller Zeiten, mag sie an Kindern, Schülern oder Soldaten geübt werden, ist das Prügeln eine immer wiederkehrende Unsitte, und erst wir Modernen sind in bezug auf die Unantastbarkeit der physischen Persönlichkeit so empfindlich geworden.

In der Armee besteht also eine Fuchteltradition.

Die Vorgesetzten finden es nicht schlimm, wenn der Mann einen „Zagdhieb“ bekommt, und der Mann findet es in den meisten Fällen auch nicht schlimm. Denn leider hat ihn das „Elternhaus“, die Schule, der Lehrherr in dieser Beziehung vorbereitet. Stellt man den Soldaten vor die Wahl zwischen einigen Ohrfeigen und einer Meldung, so wird er oft genug die Ohrfeigen vorziehen. Unteroffiziere tun das häufig, zur Beschwichtigung ihres Gewissens und zur Vermeidung etwaiger Beschwerden. Sie taten es wenigstens früher häufig — ich war sieben Jahre Offizier und habe das interne Leben der Kaserne sehr genau beobachtet —, und es ist nicht wahrscheinlich, daß sie diese Gewohnheit inzwischen abgelegt haben. Deswegen ist die Einführung der Beschwerdepflicht so dringend notwendig, und der Erbprinz von Meiningen hatte ganz recht, als er auf eine solche Ergänzung der bestehenden Vorschriften hinwies. Es müßte ferner die Bestimmung getroffen werden, daß jeder, der eine Beschwerde geführt hat, verfestet werden muß. Diese Maßregeln würden in hohem Grade staatsbehaltend sein, denn wie viele Anhänger der Sozialdemokratie durch Erzfesse militärischer Vorgesetzter zugeführt worden sind, das läßt sich schwer schätzen, aber kaum überschätzen. Indessen sind meine Hoffnungen auf die Verwirklichung einer so segensreichen Maßnahme nur sehr gering, denn

die Regierung scheut vor allem zurück, was das Selbstgefühl stärken könnte. Sie scheint nicht zu ahnen, daß das individuellste Volk auch in Krieg und Frieden das leistungsfähigste ist.

Die Einführung der Beschwerdepflicht trifft den Kern der Frage. War bisher das Prügeln Tradition, so muß jetzt eine neue Tradition geschaffen werden. Dazu ist der Kriegsherr berufen, befähigt, verpflichtet; verleiht doch der Kaiser Regimentern sogar historische Traditionen. Wie es für ehrenrührig gelten muß, eine Mißhandlung zu ertragen, so muß es für ehrenrührig gelten, eine Mißhandlung zu begehen. Und als praktische Konsequenz dieses neuen Sages, der mindestens eines Menschenalters bedürfen wird, um sich in das Gefühl der Armee einzuleben, muß jeder Offizier, dem eine Mißhandlung nachgewiesen wird, mit schlichtem Abschied entlassen werden. Dementsprechend muß bei jeder gerichtlichen Beurteilung gegen Unteroffiziere auf Degradation erkannt werden. Das ist drakonisch, gewiß; aber auf Kosten des Ganzen Nachsicht gegen den einzelnen zu üben, ist verwerfliche Schwäche. Ehe nicht die Standesanschauung die Mißhandlung brandmarkt (und davon ist sie heute noch weit entfernt!), eher kann nichts Durchgreifendes gegen das Übel geschehen. Diese Standesanschauung kann aber nur dann geschaffen werden, wenn der Kriegsherr

einen Offizier, der sich eine Mißhandlung zuschulden kommen läßt, in seiner Armee nicht mehr duldet.

Die Leibgarde.

Ein Heer kann aber auch nicht volkstümlich werden, wenn der Paradecharakter in seiner Ausbildung vorwiegt und das Gefühl sich regt, daß die herrschenden Stände in ihm mehr eine Leibgarde des Monarchen als ein Volksheer erblicken. Wenn immer wieder die Verwendung gegen den inneren Feind in Aussicht gestellt wird, wenn mitten im tiefsten Bürgerfrieden der Rekrut auf die Pflicht verwiesen wird, auf Eltern und Brüder zu schießen (eine Überspannung des militärischen Gehorsams, gegen die selbst Treitschke Einspruch erhob), wenn die Bestimmung des Soldaten dahin gekennzeichnet wird, daß er unbotmäßige Bürger zu Paaren treiben solle, wenn endlich bei geringfügigstem Anlaß ganze Garnisonen mobil gemacht werden, dann kann die Armee sich unmöglich dauernder Popularität erfreuen. Und doch ist ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Heer und der bürgerlichen Masse des Volkes doppelt notwendig. Es kann aber nur dann geschaffen werden, wenn die Frage „Leibgarde oder Volksheer?“ unzweideutig im Sinne der Nation beantwortet wird.

* * *

Politik und Lebensanschauung.

Der junge Mann, der sich der Schulpflicht und der Dienstpflicht unterzogen hat, wird bald darüber

aufgeklärt, daß im Staate Preußen seine politischen Rechte seinen Pflichten nicht entsprechen. Ich will hier das Dreiklassenwahlrecht nicht kritisieren. Könnte Kritik es vernichten, es bestände schon lange nicht mehr. Wichtig ist allein die Frage, ob die Regierung nun endlich einen Schritt vorwärts tun will oder nicht. Sie hat einstweilen eine Wahlreformvorlage eingebracht, die lediglich polizei=politischen Charakter trägt und garantieren will, daß die Wahlen „in Ordnung“ vorgenommen werden können. Aber der Minister v. Bethmann-Hollweg führte diese Vorlage mit einer Rede ein, die insofern ein Ereigniß war, als sie das politische Verhalten in einer Einzelfrage aus einer Gesamtanschauung ableitete und den Gegenstand nicht opportunistisch, sondern philosophisch zu behandeln versuchte. Wir haben endlich wieder einmal vernommen, daß einer unserer leitenden Männer versuchte, die Fülle der Erscheinungen zu überblicken und zu ordnen, den Gang der Ereignisse in einen Rhythmus zu bannen. Ich habe die Rede des Ministers scharf angegriffen (wie ich jetzt glaube: zu scharf), aber ich muß doch gestehen, daß sie frappant wirkte, weil sie eine Staatsauffassung darlegte. Die Redekunst ist ein wenig in Verruf gekommen, seit Fürst Bismarck mit vollem Recht zwischen staatsmännischer und rhetorischer Begabung die Grenzlinie gezogen hat: wer gut spricht, fürchtet jetzt leicht, er

spreche zu gut und man werde von ihm sagen: Ce n'est pas un homme sérieux.

Damit ist eine gewisse Nüchternheit in die Mode gekommen, die sich als Tatsachensinn aufspielt, und die meisten Redner scheuen sich davor, die Tagesfragen in den prinzipiellen Zusammenhang ihrer politischen Gesamtanschauung einzureihen. Selbstverständlich soll das Parlament nicht zum Wolkenfuchtsheim werden; die Abgeordneten können nicht unablässig sublimen Ideen sprudeln und bei Erörterung der Steuer auf Ansichtspostkarten das Füllhorn ihrer persönlichsten Erfahrungen und teuersten Überzeugungen auf uns ausschütten; jetzt aber wird entschieden nach dieser Richtung hin zu wenig getan, und dadurch nicht zum wenigsten erklärt es sich, daß das Publikum die Debatten der Parlamente nicht mit dem wünschenswerten Interesse verfolgt. Durch unsere Zeit geht ein heißes und tiefes Sehnen nach einer fest fundierten, gemeinsamen Weltanschauung, und jeder, der zu einer solchen ein Scherflein beiträgt, wird froh willkommen geheißen. Unsere Stimmung gleicht der der Athener zur Zeit, da Sokrates wirkte. Als die zersezende Skepsis der Sophisten bis zur Selbstvernichtung gediehen war, da predigte er das eine, was not tut: Besinnung auf das Bleibende, das Allgemeine, das Gesetzgebende, das Normale. Er errichtet, wie W. Windelband in seinem schönen

Aussag über den griechischen Weisen gesagt hat, über dem Rausch und Taumel der selbstherrlich gewordenen Individuen den neuen Glauben an eine überindividuelle Vernunft. In ihr findet er wieder, was der Zeit verloren gegangen ist: die bindende Autorität. Die sophistische Aufklärung hat die mythische Gestalt des Göttlichen zerlegt; der Unglaube herrscht, und die Meinungen der Individuen fallen auseinander; da erneuert Sokrates die Herrschaft der Autorität; aber er erblickt sie in der Vernunft, die über allen waltet und der jeder sich mit eigenem Urtheil unterwirft.

In einer so individualistisch auseinanderstrebenden Zeit, wie auch die unsere es ist, wirkt Geschlossenheit der Anschauung um so stärker. Denn es ist solchen Perioden charakteristisch, daß sie sich ihrer Schwäche wohl bewußt sind und sich nach dem verlorenen Paradies einer harmonischen Weltanschauung innig zurücksehnen. Wohl der Regierung, die Persönlichkeiten besitzt, die geistige Führerschaft erstreben können; wehe der Regierung, die auf eine solche mutlos und kraftlos verzichtet und nur ein Beamtenministerium darstellt, das „die Reste sorgfältig aufarbeitet“. Es schadet nichts, wenn aus der Nation spöttische und heftige Gegenrede erfolgt. Es ist nicht schlimm, wenn einem Minister ein Übername angeheftet wird, wie jetzt Herrn von Bethmann der des

Philosophen. Wir wissen doch, daß unsere Regierung wieder um einen Mann von ausgeprägter Eigenart bereichert worden ist, dem wir lauschen können, wenn er spricht, der eine Anregung gewährt, vielleicht auch Widerspruch herausfordert, immer aber zu gemeinsamer Klärung der Anschauungen ermuntern wird. Und diese tut vor allem not. Wenn die staats-erhaltenden Klassen der Sozialdemokratie nicht eine einheitliche Lebensauffassung als Schild entgegenhalten können, so werden sie dem Ansturm der nivellierenden Ideen erliegen. Diese Lebensauffassung muß errungen werden, und in diesem Ringen dürfen unsere leitenden Männer nicht abseits stehen. Sie dürfen sich nicht mit einer opportunistischen Erledigung der täglichen Aufgabe begnügen, sondern jede ihrer politischen Handlungen muß prinzipiell verantwortet sein. Die Nation muß wissen, wes Geistes Kind ihre politischen Vertrauensmänner sind und muß ihr Verhalten in jedem Einzelfall schon im voraus aus ihrer Gesamtpersönlichkeit ablesen können.

Ja Nichtstun
organische
Reform?

Andero und weniger günstig muß leider das sachliche Verhalten des Ministers, d. h. der Regierung beurteilt werden und weil Herr von Bethmann einen verlorenen Posten verteidigte, so wies auch der Panzer seiner Logik so viele Lücken auf. Ich verstehe es, wenn die Regierung sich weigert, das Reichswahlrecht auf Preußen zu übertragen. Es

wäre immerhin ein Sprung ins Dunkle, denn leider ist unsere Sozialdemokratie keine national empfindende Partei. Die Befürchtung, daß der Ausbau unserer Land- und Seemacht von ihr, wenn auch nicht völlig verhindert, so doch gehemmt, verlangsamt werden könnte, ist keine leere Phrase reaktionären Eigenwillens. Andererseits werden wir vielleicht bald heroische Leistungen von unserer Nation fordern müssen. Die Masse als Held wird auf den Kampfplatz treten. Solchen Leistungen wird eine Erweiterung der politischen Rechte entsprechen müssen, wie sie immer in Perioden nationaler Konzentration stattfindet. Beaconsfield hat gesagt: „Was ist die Pflicht des Staatsmannes? Durch friedliche und verfassungsmäßige Mittel das herbeizuführen, was eine Revolution durch gewaltsame Mittel erreichen würde.“ Das Dreiklassenwahlrecht ist verurteilt, es muß fallen. Nun sollte die Regierung doch mutig vorwärts gehen und wenigstens eine gerechte Einteilung der Wahlkreise vornehmen. Sie beruft sich auf das Schlagwort „Organische Reform“ und nimmt es zum Vorwand, um nichts zu tun. Unsere Politik ist wirklich zeitgemäß vesuvianisch, ein ausgebrannter Krater, der von Zeit zu Zeit Flammen speit. Ruskin, der das Wort „utopisch“ ein Teufelswort nannte, würde das Wort „organisch“ ebenso brandmarken, weil es sich jedem gesunden Fortschritt in den Weg stellt.

Sollen die Massen für das Vaterland ihr Blut verspritzen, so müssen sie sich auch als gleichberechtigte Bürger fühlen. Diesen zwingenden Schluß schafft keine Klügelei fort. Daß das Reichstagswahlrecht kein Ideal ist, wissen wir durch Taine, Benoît und andere kritische Köpfe und die Entwicklung der amerikanischen „Wahlmaschine“ klärt uns drastisch über die Gefahren auf, denen wir vielleicht auf diesem Wege entgegengehen. Jenseits des großen Teichs ist die demokratische Idee so auf die Spitze getrieben worden, daß sie eine Biegung ins Plutokratische erlitten hat. Da jeder Bürger durchschnittlich jährlich 22 Wahlen zu erledigen hat, mußte sich eine Klasse der Berufspolitiker bilden, deren Lebensarbeit die Beschäftigung mit dem Wahlproblem ist. Der ungeheure Wahlapparat kostet ungeheuer viel Geld und nun werden die Kandidaten geschröpft, die oft den doppelten Jahresbetrag ihres eventuellen Gehalts als „Beitrag zu den Unkosten“ steuern müssen. Wie sich der Junker der absoluten Monarchie in Frankreich ein Regiment kaufte, so kauft der Ehrgeizige in dieser Demokratie ein hohes Richteramt. Es ist ratsam, den Blick gelegentlich auf so trasse reaktionäre Erscheinungen zu richten, weil sie uns davor bewahren, ein Prinzip zu vergöttern. Die These schlägt eben in ihrer konsequentesten Durchführung in die Antithese um. Soviel, um die Regierung zu rechtfertigen,

wenn sie nicht mechanisch das Reichswahlrecht auf die Einzelstaaten übertragen will. Daß sie gar nichts tun will, ist trotzdem unverzeihlich. Heloten schlagen sich nicht wie Spartiaten. Darum fort mit dem Dreiklassenwahlrecht!

* * *

Für unsere Wirtschaftspolitik bedeutet die Wirtschafts-
politik. Perspektive eines Krieges gleichfalls ein Programm. Unsere Landwirtschaft darf nicht als *quantité négligeable* behandelt werden. Es ist unter besonders ungünstigen Verhältnissen doch möglich, daß die Zufuhr an Lebensmitteln uns sehr erheblich verkürzt wird. Daran, daß sie uns völlig abgeschnitten werden könnte, glaube ich allerdings nicht. Ferner aber erblicke ich in unserem Bauernstand den Jungbrunnen der Nation, aus dem unseren höheren, im Intellektualismus ergreisten Ständen neues Blut zufließt. Die Familien, die vom Lande in die Stadt ziehen, machen hier einen Siebungsprozeß durch. Zum Teil sinken sie in das großstädtische Proletariat hinab, zum Teil bilden sie die Reservearmee der höheren Stände.

Trotz dieser Erwägungen kann ich jedoch nicht Bülow's Sor-
gentind. zugeben, daß die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft berechtigt wäre. Wenn die Agrarier sich gern als das eigentliche „Volk in Waffen“ hinstellen, so hat eine unanfechtbare Statistik diese Behauptung gänzlich ad absurdum geführt. Bei Be-

ratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres hatte der deutsche Reichstag am 27. Februar 1901 die Resolution angenommen, der Reichskanzler möge bei der nächsten Aushebung der Rekruten eine statistische Erhebung veranlassen, „um die Einwirkung der Herkunft und Beschäftigung der Stellungsverpflichteten in bezug auf die Militärbrauchbarkeit feststellen zu können“. Es wurde denn auch für das Jahr 1902 eine solche Erhebung angeordnet, und sie wurde 1903 wiederholt. Die zu diesem Zweck erteilten Instruktionen waren nicht frei von agrarischer Tendenz, wie sich schon aus der Vorschrift ergibt, daß für die Unterscheidung der Geburtsorte nach Stadt und Land nur die Orte mit unter 2000 Einwohnern als Land, die mit 2000 und mehr Einwohnern als Stadt gelten sollen. Welches aber waren die Ergebnisse dieser Erhebung?

Von je 1000 endgültig abgefertigten auf dem Lande Geborenen wurden im Jahre 1902: 585, im Jahre 1903: 575 eingestellt; von je 1000 endgültig abgefertigten in der Stadt Geborenen im Jahre 1902: 540, im Jahre 1903: 522.

Von je 1000 endgültig abgefertigten landwirtschaftlich Beschäftigten wurden im Jahre 1902: 586, im Jahre 1903: 574 eingestellt; von je 1000 endgültig abgefertigten anderweit Beschäftigten im Jahre 1902: 560, im Jahre 1903: 545. Der Unterschied

zwischen der Tauglichkeit der Landgeborenen und der Stadtgeborenen betrug also etwa $\frac{1}{10}$, der Unterschied in der Wehrfähigkeit der landwirtschaftlich und der anderweit Beschäftigten etwa $\frac{1}{20}$. Das Ergebnis ist geradezu verblüffend, wenn man bedenkt, daß noch im Sommer 1898 in Schmollers Jahrbuch ein Artikel erschien, in dem ausdrücklich erklärt wurde: „Die Ansicht, daß die rein landwirtschaftliche Bevölkerung dreimal so viel Wehrfähige liefert wie die rein industrielle, ist durchaus begründet.“ Ein noch frappanteres Resultat lieferten die im Königreich Württemberg angestellten Erhebungen. Von je 1000 endgültig abgefertigten landwirtschaftlich Beschäftigten wurden hier eingestellt im Jahre 1902: 542, im Jahre 1903: 530, hingegen von je 1000 anderweit Beschäftigten im Jahre 1902: 585, im Jahre 1903: 559. Sowie! über die relative Wehrfähigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Was die absolute Wehrkraft betrifft, so gilt es als ein unumstößliches Dogma, daß Deutschland den größten Teil seiner Wehrkraft aus agrarischen Bezirken beziehe. Brentano wagte zuerst die Behauptung, daß die deutsche Armee sich heute zu mehr als zwei Dritteln nicht aus überwiegend agrarischen, sondern aus überwiegend Industrie und Handel treibenden Distrikten rekrutiere. Und was ergaben die Erhebungen des Reiches? Von den eingestellten Mannschaften waren

in beiden Jahren weniger als ein Drittel vor ihrer Einstellung landwirtschaftlich, hingegen mehr als zwei Drittel anderweit beschäftigt.

Und endlich: im allgemeinen herrschte bisher die Ansicht, daß wohl die Mehrheit der deutschen Rekruten von landwirtschaftlich beschäftigten Eltern abstamme. Aber auch diese Ansicht ist durch die neuesten amtlichen Veröffentlichungen erschüttert, wenn nicht widerlegt worden. Im Jahre 1902 stammten von den in Bayern eingestellten Mannschaften (Bayern hat die Erhebungen auf den Beruf der Eltern der Militärpflichtigen ausgedehnt) nur 46 0/0, also die Minderheit, von landwirtschaftlich beschäftigten Eltern ab und 54 0/0 oder die Mehrheit von anderweit beschäftigten. Ebenso ist der Unterschied in der Tauglichkeit der von landwirtschaftlich und anderweit beschäftigten Eltern Abstammenden ein sehr geringer. Von je 1000 endgültig abgefertigten, die von landwirtschaftlichen Eltern stammten, wurden eingestellt: 561; von je 1000, die von anderweit beschäftigten Eltern abstammten: 548.

Im Hinblick auf diese Daten darf man, muß man es aussprechen, daß die Landwirtschaft heute nicht mehr die wichtigste Grundlage der deutschen Wehrkraft darstellt.*

* Siehe R. Kuczynski, „Ist die Landwirtschaft die wichtigste Grundlage der deutschen Wehrkraft?“ (Berlin, L. Simion Nachf. 1905.)

Es ist unmöglich, für die Landwirtschaft eine Vorzugsstellung zu konstruieren, die sich auf ihre monarchische Gesinnung oder auf ihre Verdienste um die nationale Wehrkraft begründen ließe. Wenn die deutsche Landwirtschaft ihre Ansprüche auf die Fürsorge des Staates nicht besser zu motivieren weiß, wird sie niemand, der nicht schon ohne Argumente überzeugt ist, von der Berechtigung dieser Ansprüche zu überzeugen wissen. Wir zählen jetzt rund 61 Millionen, und unser Volkswachstum beträgt nahezu eine Million Menschen jährlich. Daß die Landwirtschaft nicht imstande ist, für diese Massen die notwendigen Lebensmittel zu erzeugen, läßt sich nicht mehr bestreiten. Wer möchte ihre Wichtigkeit verkennen, wer würde sich ihrer Wohlfahrt, ihres Aufschwungs nicht freuen! Aber wenn die Agrardemagogen immer wieder die Landwirtschaft als das einzige bedeutsame, als das patriotische Gewerbe par excellence hinstellen, wenn sie die Politik gewaltsam in gefährliche Bahnen drängen, den König mit Beschlag belegen, so muß gegen solchen herausfordernden Übermut immer aufs neue protestiert werden. Und der Monarch täte gut, den Zudringlichen, die sich die „Leibgarde der Hohenzollern“ nennen, zu sagen: Ich bedarf keiner Leibgarde, um mich gegen Deutsche zu schützen. Laßt's euch gesagt sein, ihr unerbetenen Prätorianer, ich will Frieden haben mit meinem Volke!

Die Regierung tut recht, wenn sie hier eine mittlere Linie innehält; es fragt sich nur, ob sie diese Linie nicht allzuweit nach rechts verschoben hat. Doch ich darf mich in eine Argumentation hierüber nicht einlassen, ohne wegen Raumüberschreitung den Groll meines Verlegers zu wecken. Die Zeit wird lehren, wie Industrie und Handel sich mit der durch die neuen Verträge geschaffenen wirtschaftlichen Lage abfinden werden und ob die Zollerhöhung die Landwirte zufriedenstellen wird. Ich bezweifle es.

Finanzwesen. Nur flüchtig soll hier auch die Notwendigkeit berührt werden, in einer großzügigen Finanzreform dem Reichskörper auch auf diesem Gebiet volle Kraft und Gesundheit zu verleihen. Mit der Bezeichnung neuer Einnahmequellen ist es nicht getan, am wenigsten, wenn diese so grundlos erfolgt, wie es in der Steuerkommission geschehen ist. Das Wesentliche ist vielmehr, wie E. v. Jagemann überzeugend dargelegt hat, den Reichsfinanzen und ihrem Verhältnis zu den Gliedstaaten einen neuen, tragfähigen, staatsrechtlichen Boden zu bereiten.

* * *

Schlusswort. Ich habe den Stoff nicht erschöpfen wollen; es ließen sich aus ihm ganze Folianten ziehen. Andeutungen, Anregungen wollte ich geben. Und einen Grundgedanken formulieren: die auswärtige Lage läßt sich durch das Schlagwort „Krieg in Sicht“ prägnant

charakterisieren. Sie zwingt uns zur Selbstprüfung und zu dem Entschluß, unsere auswärtige Politik stiller, sachlicher, stabiler als bisher zu gestalten. Aber auch, wenn dies gelingt, muß unser Wahlspruch das *Toujours en vedette!* bleiben und die innere Politik muß unter dem Gesichtspunkt der Entfaltung und Zusammenfassung aller Kräfte geleitet werden. Wie dies geschehen kann, wissen andere, Kenntnisreichere, Erfahrenere besser als ich. Ich nehme es nur als ein kleines Verdienst in Anspruch, dem Gedanken, den gewiß Hunderttausende gleichzeitig mit mir dachten, Worte geliehen zu haben. Hoffentlich erwecken meine Ausführungen Widerspruch: nur durch ihn klärt sich die Anschauung. Das ist, um mit Plato zu sprechen, das „Königliche Ineinanderweben der Gemüter“ und nun will ich mit einem herrlichen Worte Gottfried Kellers schließen, das den Leser für die Mühe, mir bis hierher gefolgt zu sein, reich belohnt, weil es, recht begriffen, zu einem wertvollen und unverlierbaren Besitz wird:

„Erst da, wo die politische Zusammengehörigkeit zur persönlichen Freundschaft eines ganzen Volkes wird, da ist das Höchste gewonnen!“

Im Verlage von Friedrich Rothbarth, Leipzig
erschien:

W. Schulte vom Brühl
Die Revoluzer
Roman

===== 2. Auflage =====

Preis M. 5.—, gebunden M. 6.—



Schulte vom Brühl gehört zu den besten unserer heutigen Dichter. Sein humoristischer Roman „Die Revoluzer“ rief einen Sturm der Begeisterung hervor, nicht nur von seiten seiner großen Gemeinde, sondern auch seitens der Kritik. Schulte gibt uns ein fesselndes, getreues Bild der 1848er Kämpfe im bergischen Lande. Frischer Humor mischt sich mit tiefem Ernst, und warmes Herzblut pulsiert in diesem echten Volksroman. (Saale-Zeitung.)